

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 10. Mai 1930

34. Jahrgang

Nummer 19

Ein internationales Wirtschaftsproblem

Von Robert Schmidt, Reichswirtschaftsminister a. D.

Die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung über den Rahmen nationaler Schranken in der internationalen Verflechtung ausgedehnte Verbindungen zu suchen und zu festigen, hat nach Überwindung der Hemmungen und Rückwärtsbewegungen wieder einen starken Auftrieb zu verzeichnen. Diese kapitalistische Machtentfaltung hat zugleich stark in die Befugnisse der Staaten eingegriffen. Im gewissen Sinne trieben die großen Konzerne ihre Landespolitik selbständig und gewinnen beim Abschluß von Handelsverträgen eine Stellung, die sehr beachtlich ist. Gelingt es den überstaatlichen Trusts und Kartellen auch den Absatzmarkt international zu regeln und Vereinbarungen auf privatwirtschaftlicher Grundlage zu treffen, so tritt die Bedeutung des Handelsvertrages für diese Unternehmungen zurück, und die Regierungen verlieren an Einfluß über die kapitalistischen Gebilde. Allerdings befindet sich das ganze Wirtschaftsgeschehen in diesem Stadium der Entwicklung, aber es heben sich Entwicklungstendenzen ab, die systematisch die weitere Wegführung aufzeigen.

Dennoch internationale Wirtschaftsbeziehungen zu fördern, bleibt auch weiterhin noch eine wichtige Aufgabe des Staates, und es wird darauf bedacht sein müssen, seine Autorität gegenüber der Privatwirtschaft zur Geltung zu bringen. Der Aufgabenkreis erweitert sich aber immer mehr und mehr. Mit dem Abschluß von Handelsverträgen allein ist es nicht mehr getan, wir werden gedrängt, einen Ausgleich zu suchen in den widerstreitenden Interessen der Staaten untereinander. Der Kampf um die fortgesetzte Erhöhung der Schutzzölle wird von allen beklagt, ohne daß allerdings eine Rückkehr zum Abbau oder auch nur zum Stillstand zu erkennen ist. Das europäische Staatsengewirb verstimmt die Situation, Handel und Verkehr müssen sich den Weg bahnen gegen unzählige Widerwärtigkeiten. Dabei fühlt sich jeder Staat als der leidende Teil, obwohl keiner ganz unschuldig an diesem Zustand ist.

Es sah ganz leidlich aus, als 1927 die Weltwirtschaftskonferenz in Genf unter vielhörnigen Reden und Versprechungen zu dem Ergebnis kam, einen Stillstand in den Zollhöhen zu empfehlen und den Rat zum Abbau gab. Aber bei dieser Empfehlung ist es geblieben. Später hat sich der Völkerbund der Sache angenommen, und im September vorigen Jahres wurde dem Wirtschaftsausschuß desselben der Auftrag erteilt, einen Vertragsentwurf für einen internationalen Zollfrieden auszuarbeiten. Dieser Entwurf wurde der internationalen Tagung, die in Genf vom 17. Februar bis 24. März stattfand und von fast allen Regierungen besucht war, zur Beratung unterbreitet. Der Grundgedanke des Vorstages war, auf 2 bis 3 Jahre die gegenwärtigen Zollhöhen der europäischen Staaten zu binden. Diese Absicht ist nicht in Erfüllung gegangen; im Laufe der sich lang hinziehenden Verhandlungen ergaben sich sowohl Differenzen, daß nur mit Mühe und Not ein Vertragsentwurf zustande kam, der mit vielen Ausnahmen eine Bindung der laufenden Handelsverträge bis zum 1. April 1931 vorsieht.

Dieser Vertrag ist vorläufig von 11 europäischen Staaten unterzeichnet, u. a. von den Großmächten Deutschland, Frankreich, England und Italien. Einige Staaten werden sicher noch hinzukommen, ohne daß damit das Vertragswerk in Kraft tritt, denn dazu bedarf es erst einer Genehmigung der Parlamente in den einzelnen Staaten. Diese Zustimmung muß aber bis zum 1. November d. J. erfolgen. Anschließend hieran soll eine Konferenz der Staaten entscheiden, ob die Zahl der Länder, die ratifiziert haben, genügt, um den Vertrag in Wirksamkeit zu setzen. — Also eine weitgehende Vorsicht. Die Verlängerung des Vertrages ist so gedacht, daß er zwei Monate vor Ablauf gekündigt werden muß. Geschieht das nicht, so läuft er automatisch 6 Monate weiter in fortgesetzter Wiederholung.

Welche Verpflichtungen legt der Vertrag den Staaten auf? Im wesentlichen folgende: Grundsätzlich soll an den Handelsverträgen die Tarifposition haben, keine Änderungen vorgenommen werden. Daneben gibt es nun Staaten, deren Handelsabkommen mit anderen nur darauf beruhen, daß man sich gegenseitig die Meistbegünstigung zusichert. Das heißt eine Zollermäßigung, die z. B. Deutschland irgendeinem Staat gewährt, muß dem anderen Vertragsstaat von selbst zufließen. In einem solchen Handelsabkommen stehen wir zu England, Dänemark, Norwegen und Portugal. Diese Staaten wären nach dem Abkommen gewungen, die gegenwärtigen Zollhöhen nicht zu erhöhen. Eine Ausnahme ist ihnen nur gestattet für Zinanzölle. Darunter versteht man Zölle, die nicht den Zweck erfüllen, eine heimische Produktion zu schützen.

Die Staaten, die nur gewisse Tariffächer in gegenseitigen Handelsverträgen gebunden haben, können gleichfalls Erhöhungen dieser Positionen nicht vornehmen. Deutschland hat durch Handelsverträge 1241 Zollpositionen gebunden, dem stehen 1676 gegenüber, die von vertraglicher Bindung frei sind. Nicht gebunden sind wichtige Erzeugnisse der Landwirtschaft, u. a. Getreide. Für die nicht gebundenen Tarifpositionen läßt das Genfer Abkommen eine gewisse Bewegungsfreiheit nach oben offen. Abgesehen von Zollserhöhungen, die unter einem gewissen Zwange vorgenommen werden, oder für deren Verringerung die Vollmacht des Ministeriums maßgebend ist, müssen alle übrigen geplanten Zollserhöhungen 20 Tage vor Inkrafttreten den Vertragsstaaten angezeigt werden. Glaubt ein Vertragsstaat, daß er durch diese Maßnahme geschädigt wird, so kann er von dem Vertrag zurücktreten. Es besteht aber die Möglichkeit, daß andere wieder durch diesen Rücktritt sich in ihren Interessen verletzt fühlen und gleichfalls ausweichen. Man sieht, die Bindung ist sehr schwach, und es ist unsicher, wie der Zusammenhalt sich gestalten wird, wenn an den Zolltarifen gerüttelt wird. Die Bindung ist mehr eine moralische, denn der Staat, der durch seine Zollgesetzgebung den Anlaß zum Rücktritt

eines Staates gibt, vielleicht gar den Zusammenbruch der Konvention herbeiführt, wird immerhin eine große Verantwortung auf sich nehmen.

Ein zweiter Teil der Verhandlungen fand eine schnelle Erledigung, da es sich hier um die Festsetzung eines künftigen Aufgabengebiets handelte. Es soll, um einiges hervorzuheben, untersucht werden, wie sich der Bezug von Rohstoffen gestaltet hat, die Aufstellung eines einheitlichen Zollscheines weiter gefördert werden kann usw. Man will ferner ermitteln, welche Subsidien an Interessengruppen gewährt werden oder sonstige Vergünstigungen, die dem Sinne des Handelsabkommens widersprechen. Des weiteren soll geprüft werden, wie weit die Veterinärmaßnahmen handelspolitischen Zwecken dienen, und schließlich sollen internationale Fragen des Handelsrechts einheitlich gestaltet werden. — Ein Aufgabengebiet für lange Sicht.

Voll befriedigend ist die in Genf gefundene Lösung nicht, aber es ist der Anfang gemacht. Gelingt es, daß der Gedanke des Zollabbaues festen Fuß faßt, so wird ein Fortschritt möglich sein. Es war keine leichte Aufgabe, die Staaten zu einer einheitlichen Stellungnahme zu bewegen, denn die Interessengegenstände sind nicht gering und die wirtschaftliche Struktur so verschieden, daß unter Berücksichtigung dieser Umstände immerhin von einem Erfolg der

Konferenz gesprochen werden kann. Deutschland, daß für zwei Drittel seiner Ausfuhr in europäischen Staaten Absatz findet, ist stark interessiert am Zustandekommen der Konvention und nicht zuletzt ist es auch für die Arbeiterklasse von Nutzen, wenn durch eine gewisse Stetigkeit in unsern Handelsbeziehungen der wirtschaftlichen Entwicklung ein neuer Ansporn gegeben wird. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müssen solche Maßnahmen, wie sie die gegenwärtige Regierung einzuleiten beliebt, natürlich unterbleiben. Die neuen Agrarschutzzölle sind geeignet, alle Ansätze zu einer Besserung in den internationalen Handelsbeziehungen zu zerschlagen. Die bereits bekanntgewordenen Maßnahmen der in Frage kommenden Staaten beweisen dies. Diese haben beim Völkerbund gegen die beabsichtigten deutschen Zollmaßnahmen protestiert. Namentlich scheint der mühsam zustande gekommene Handelsvertrag mit Polen gefährdet. Die Entwicklung der Industrie, des Handels und des Verkehrs läßt die Erde immer kleiner werden. Der Erdteil Europa ist zu klein und die Ertragsfähigkeit seines Bodens zu gering, als das hier 26 Staaten im Eigenleben im Schatten hoher Schutzollmauern führen könnten. Deshalb gehört die Förderung der Handelsbeziehungen nach der Richtung weitgehenden Zollabbaues zu den bedeutendsten Wirtschaftsproblemen der Gegenwart und der Zukunft.

Die Vorstöße des Unternehmertums

Von den Unternehmern und allen den Leuten, denen der bisherige politische Kurs nicht paßt, wurde der Regierungswechsel lebhaft begrüßt. Man knüpfte an dieses Ereignis die kühnsten Erwartungen. Die Morgenröte einer neuen Zeit sollte am Himmel stehen und alle Sorgen und Beschwernisse vergessen sein. Besonders erwartete man einen raschen wirtschaftlichen Aufstieg. Das Arbeitslosenheer zeigt auch nach Wochen schönsten Frühlingsetters eine Höhe, wie nie zuvor. Daß die Ankurbelung der deutschen Wirtschaft solange auf sich warten läßt, dürfte unzweifelhaft beweisen; daß der Regierungswechsel auf den Gang der Wirtschaft ohne Einfluß war. Noch immer läßt der wirtschaftliche Aufschwung auf sich warten. Auf keinem Gebiete ist irgendein Fortschritt zu sehen. Und weil dem so ist, kommt man plötzlich auf den Gedanken, daß der politische Kurswechsel allein nicht genügt, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete eine fühlbare Aenderung eintreten müsse. Die Neuorientierung auf diesem Gebiete sieht man vor allem in der Durchbrechung des Tarifvertragsystems. Die Unternehmer vertreten allen Ernstes die Meinung, daß die Löhne in Deutschland zu hoch seien. Vor allem wenden sie sich dagegen, daß der gebundene Tarifvertrag es verhindert, die Lohnsätze in Krisenzeiten herabsetzen zu können. Weil die Löhne gebunden sind, sei die Wirtschaft nicht elastisch genug, um den auftretenden Schwierigkeiten gerecht werden zu können. Ja man gibt sogar die Ansicht kund, daß die Arbeitslosigkeit auch heute nur einen verhältnismäßig geringen Umfang haben würde, wenn das Lohnsystem beweglicher wäre. Hier liegt der Hase im Pfeffer!

Es bedarf keiner langen Ausführungen, um die Gefährlichkeit dieser Pläne sichtbar werden zu lassen. Gelingt es, den Gedanken des gebundenen Lohnsystems aufzulockern und an mehreren Stellen das durchzuführen, was beim Stahlwerk Becker gelungen ist, dann wird dem Spiltem der Tarifverträge ein tödlicher Stoß versetzt. Die Gewerkschaften haben diese Gefahren erkannt und lehnen deshalb die Reformpläne rückhaltlos ab. Es hieße einfach, die Erzeugnisse eines ganzen Jahrzehnts zunichte zu machen, wenn man auch nur das leiseste Entgegenkommen zeigen würde. Die Arbeiterkraft kann von der einmal eingeschlagenen Marschroute unter keinen Umständen abgehen. Einer der größten Erfolge liegt in der Tatsache, daß die Lohnhöhe auch in Krisenzeiten einigermaßen stabil bleibt. Ja, wir sagen, daß die Politik der Gewerkschaften volkswirtschaftlich die allein richtige ist; denn schließlich liegt die Krise in dem mangelnden Absatz begründet. Die Herabsetzung der Löhne breiter Arbeiterschichten würde einen derartig empfindlichen Ausfall von Kaufkraft zur Folge haben, daß die Krise sich noch verschärfen würde. Reineswegs ist die Sicherheit gegeben, daß dadurch auch nur einige Jehntausende neu in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können. Jedenfalls muß der Nachweis hierfür erst erbracht werden.

Wenn man aber das Problem Kaufkraft und Löhne aufzurollen beabsichtigt, dann muß ein Blick auf die Gesamtsituation der Wirtschaft geworfen werden. Wie liegen in dieser Beziehung die Dinge? Die Löhne sind seit einem Jahr nicht nur stehen geblieben, sondern sie haben sich sogar verschlechtert. Seit 1924 ist das Massenelement in so breiter Form nicht mehr in Deutschland zu verzeichnen gewesen. Trotz der Besserung des Arbeitsmarktes haben ungefähr ein Drittel der deutschen Industriearbeiter keinen vollen Tariflohn. Rund vier Millionen Arbeiter und Angestellte leben von fargen Unterstützungen. Rechnet man die Familienangehörigen hinzu, so lebt ungefähr ein Fünftel der deutschen Bevölkerung unter den drückendsten Verhältnissen. Die Lasten der Arbeitslosigkeit bleiben auch weiterhin vielleicht auf Jahre hinaus in voller Höhe bestehen. Auf der anderen Seite zeigt sich ein ganz anderes Bild. Das Einkommen der besitzenden Schichten hält sich auf einer Höhe, die mit dem Massenelement der gewerblichen Bevölkerung in gar keinem Zusammenhang steht. Wie das Ausland die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland sieht, kann man täglich in ausländischen Blättern nachlesen. In der Nr. 17 befaßt sich die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ mit der Exportpolitik der deutschen Industrie und mit den Auswirkungen der Rationalisierung. Nachdem die rückwärtslose Stilllegung zahlreicher Industriewerke aus Rationalisierungsgründen geschildert wird, heißt es:

„Ohne eine wahnsinnige Uebersteigerung der Rationalisierung könnte Deutschland seine Waren auf dem Weltmarkt nicht so billig anbieten, wie es das heute tut. Die Lasten dieser Rationalisierung trägt heute ausschließlich die deutsche Arbeiterschaft; das deutsche Kapital macht nach wie vor riesige Gewinne, die aber klug versteckt werden. Der Ausländer erhält einen Begriff, wenn er in Fremdenburten, in Lugano oder Locarno, die Invasion deutscher Feriengäste betrachtet, die oft einen Luxus entfalten, der Gästen aus sogenannten Siegnationen nicht möglich ist. Kein Franzose knallt in unsern Fremdenorten so mit den Goldstücken wie deutsche Kapitalisten.“

Die Auslassung zeigt, daß die Jammertöne, die fortgesetzt in deutschen großkapitalistischen Zeitungen erschallen, vom Ausland ganz anders bewertet werden. Die Summen, die von deutschen Ferientouristen im Ausland verpraktet werden, müßten von fleißigen Volksgenossen erarbeitet werden. Ueberdies gehen sie der deutschen Volkswirtschaft verloren. Daneben wird das Ansehen der deutschen Bevölkerung im Ausland geschädigt, wenn Deutsche sich derartige Prophanheit im Ausland benehmen. Aber auch hierzulande kann man täglich die Beobachtung machen, daß in bestimmten Schichten Geld im Ueberfluß vorhanden ist. Man studiere die sogenannten besseren Vergnügungsorte und man hat einen Begriff davon, wie äußerst ungerecht die Güter in Deutschland verteilt sind.

Solche Zustände sind nicht zu verteidigen. Die Arbeiterschaft kann sich nicht geduldi damit abgeben, nur das Aschenbrödel in der Wirtschaft zu spielen. In zahlreichen Tarifgebieten befinden sich die Arbeiter in der Defensive. Beabsichtigt ist von den Unternehmern, eine Verschlechterung der Löhne herbeizuführen. Angesichts der geschilderten Zustände muß die Arbeiterschaft derartige Anjinnen ablehnen. Die Folge werden harte Kämpfe auf zahlreichen Gebieten sein. In diesem Ringen geht es hart auf hart. Die Arbeiterschaft kann und darf nicht einwilligen, daß diese jammerhaften Zustände verewigt werden. Warum soll ausgerechnet die breite Masse Jahre hindurch die Lasten einer verfehlten Wirtschaftspolitik auf sich nehmen. Wenn es aber zu den harten Auseinandersetzungen kommt, dann ist der Einsatz aller Kräfte geboten. Möge diese Bereitwilligkeit auch bei jedem einzelnen vorhanden sein, indem er Schutz sucht in seiner gewerkschaftlichen Organisation.

In fast allen Erwerbsgruppen der Arbeiter wird dieser angeordnete Vorstoß zur Verschlechterung trotz bestehender Tarifvereinbarungen von Unternehmern unternommen, darunter natürlich auch in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau. Wenn auch, im großen ganzen gesehen, die bestehenden Tarifvereinbarungen bei uns bisher respektiert wurden und es nur einzelne Unternehmer sind, die glauben bestehende Vereinbarungen durchlöchern zu können. So wird aber doch bei den ablaufenden Verträgen mit allen Mitteln ein Abbau der Löhne und ein solcher bei den Akkordpositionen versucht. Das muß natürlich so oder so ausgetragen werden und wird es auch in altgewohnter Weise. Aber jene Unternehmer bzw. Firmen in unserem Organisationsbereich, die sich zum Schaden der Belegschaft über bestehende Vereinbarungen hinwegsetzen wollen, einerlei, ob mit oder ohne Erfolg, die werden wir uns sehr merken müssen, um zu gegebener Zeit daselbst Manöver mit ihnen zu machen. Es gibt bekanntlich Unternehmer, die ohne dauernde Differenzen mit ihrer Belegschaft auf dem Lohngebiet nicht auszukommen scheinen. Im Durchschnitt sind es jene, die bei besserer Geschäftslage am meisten stöhnen, manchmal auch randalieren und die Konkurrenz ins Feld führen, wenn die Belegschaft mit Forderungen kommt. Augenblicklich tun sie ebenso empört, wenn bei ihren Lohnabbauversuchen diese Konkurrenz von den Arbeitern angeführt wird, weil diese Konkurrenz trotz der schlechten Geschäftslage dennoch die Tarifvereinbarungen respektiert. Wie gesagt, das müssen unsere Kollegen in den Zahlstellen und Bezirken sich wohl merken, um gelegentlich Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Das wird um so leichter sein, je mehr jedes einzelne Verbandsmitglied dazu beiträgt, unseren Steinarbeiterverband intakt zu halten.

Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt

Die immer mehr eintretende Verschiebung im Aufbau der Bevölkerung wird in der Wirtschaftsentwicklung und namentlich auf dem Arbeitsmarkt stark in Erscheinung treten. Wir hatten 1910 bei einer Gesamtbevölkerung im heutigen Reichsgebiet von 58 Millionen etwa 20 Millionen Kinder und 38 Millionen Erwachsene, jetzt haben wir bei einer Bevölkerung von 64 Millionen 15 Millionen Kinder und 49 Millionen Erwachsene. Dieses Verhältnis wird sich in der Zukunft eher noch verschlimmern. Daß sich unter diesen Umständen eigentümliche Erscheinungen bemerkbar machen, steht außer Frage. Von besonderer Bedeutung sind die Einflüsse auf den Arbeitsmarkt. Nach einer Untersuchung des Konjunkturinstituts wird die Zahl der männlichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 16 Jahren voraussichtlich betragen (in 1000):

1930	1932	1934	1935	1936	1938	1940
785	483	585	465	914	809	800

Wie wird sich nun der Arbeitsmarkt unter diesen Umständen gestalten? In all den Berufen, für die ausschließlich oder vorwiegend jugendliche Arbeitskräfte in Frage kommen, wird mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, ja mit teilweisem Arbeitermangel zu rechnen sein. Das Konjunkturinstitut warnt aber davor, für den Arbeitsmarkt in der Gesamtheit eine Entlastung zu erwarten. In dem Wochenbericht Nr. 3 lesen wir hierüber: „Selbst wenn die schlechtbelegten Kriegsgeburtensjahrgänge in höhere Altersstufen einrücken, so macht sich dies in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen nur verhältnismäßig wenig bemerkbar. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird zwar in den Jahren 1931 bis 1934 voraussichtlich leicht zurückgehen, in den darauffolgenden Jahren jedoch wieder, wenn auch in langsamem Tempo, zunehmen.“

Soll der Arbeitsmarkt entlastet werden, so muß der Bedarf der Wirtschaft an menschlichen Arbeitskräften steigen. Der Arbeitsbedarf muß sogar rascher wachsen, als die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt. In diesem Punkte sind wir weniger optimistisch als das Institut für Konjunkturforschung. Weiter wird an eine Entlastung des Arbeitsmarktes die Voraussetzung geknüpft, daß das Ueberangebot an älteren Arbeitskräften herangezogen wird. Die Lohnunterschiede spielen hier hinein. Der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkte wird sich also nicht ohne Reibung vollziehen. Eine Belebung der Konjunktur kann durch die Verschiebung des Verbrauchs eintreten. Es wird weniger Kinderbedarf vorhanden, aber die Bedarfsgegenstände für die Erwachsenen werden einen größeren Markt haben. Je mehr z. B. Haushaltsgegenstände vorhanden sind, je höher steigt der Bedarf an Wohnungen, Hausrat, Möbeln usw. Die Entwicklung geht also dahin, daß der Arbeitsmarkt vorläufig von der verringerten Geburtenziffer weniger berührt wird, dort also nach wie vor eine Ueberbesetzung zu verzeichnen sein wird. Die Gewerkschaften haben darüber zu wachen, daß die notwendigen Verschiebungen der Arbeitskräfte nicht zu Lohnrückgang usw. benutzt werden.

Die Einbehaltung der Invalidenkarte

Die Invalidenkarte oder Quittungskarte hat sich neben ihrem eigentlichen Zweck als Aufbewahrungskarte der Invalidenmarken nach und nach zu einem wichtigen Ausweispapier für seinen Inhaber entwickelt. Seit steht auch, daß die Karte stets Eigentum des Versicherten ist, der Arbeitgeber darf sie nur zur Verwendung der Marken verwenden. Auf Verlangen muß sie der Arbeitgeber dem Versicherten jederzeit zur Verfügung stellen. Vor allen Dingen muß er bei der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses die Karte dem Versicherten ausändigen. Diese Bestimmung ist in der Reichsversicherungsordnung ausdrücklich festgelegt. Es heißt da in § 1425: „Niemand darf eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umtausches, der Berichtigung, Aufrechnung, Uebertragung, Beitragsüberwachung oder beim Eingangsverfahren zurückbehalten. Wer Karten dieser Vorschrift zuwider zurückbehält, ist dem Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortspolizeibehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus.“ Aus dem Wortlaut dieser Vorschrift geht hervor, daß nur die Ausgabe- und Umtausch-

stellen oder sonstige Behörden und Amtspersonen die Karten gegen den Willen der Versicherten zurückbehalten dürfen. Auf keinen Fall können dies Privatpersonen (Arbeitgeber) tun. In einer Entscheidung heißt es: „Jede vom Inhaber nicht gutgeheißene Zurückhaltung der Karte ist ohne Rücksicht auf Anlaß und Zweck untersagt, also auch bei eigenmächtigem Dienstaussritt des Inhabers. Ohne allen Einfluß ist dabei, ob in der Karte Marken enthalten sind oder nicht.“ In der Begründung zu dem oben wiedergegebenen Paragraphen heißt es ganz richtig: „Die Zurückbehaltung könnte den Versicherten unter Umständen (beim Beschäftigungswechsel) in Verlegenheit bringen und vom Arbeitgeber zu Unrecht als „Preisvermittler“ gegen den Versicherten benutzt werden.“ In diesem Zusammenhang sei auch noch eine andere Frage angeschnitten, die für die Versicherten von der allergrößten Bedeutung ist. Das Landesarbeitsamt Görlitz hat am 17. Januar 1929 folgende Entscheidung gefällt:

„Die Bestimmung des § 1425, Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung, daß niemand eine Invalidenversicherungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten darf, ist ein Schutzgesetz im Sinne des § 823, Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der § 1425 gibt dem Arbeitnehmer unmittelbar einen bürgerlich-rechtlichen Schadenersatzanspruch.“

Die in dieser Entscheidung angezogene Stelle des Bürgerlichen Gesetzbuches lautet: „Die gleiche Verpflichtung (Erlaß des Schadens) trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.“ Die angeführte Entscheidung des Landesarbeitsgerichts besagt klipp und klar, daß der Arbeitgeber dem Versicherten den Schaden zu ersetzen hat, den er erleidet, wenn der Arbeitgeber die Quittungskarte entgegen den Bestimmungen des § 1425 einbehält. Es kann dies beispielsweise Erlaß für entgangenen Arbeitsverdienst sein, falls der Versicherte nachweist, daß er ohne die einbehaltene Karte keine Arbeit gefunden hat.

Die Sozialversicherung im Jahre 1929

Der Kampf der Unternehmer gegen die sozialen Einrichtungen hat mit voller Schärfe eingeleitet. Daß sie dabei mit entstellten Angaben arbeiten, beweisen auch die jebden vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnisse über die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1929. Es geht daraus hervor, daß die Einnahmen in sämtlichen Versicherungseinrichtungen erheblich gestiegen sind, trotzdem die Arbeitslosigkeit zu Anfang und Ende 1929 ungeheuer groß war. Auch sind die Zuschüsse des Reiches nicht so enorm hoch. Hier die Einnahmen und Ausgaben in Millionen Mark:

	1929		1928	
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
Krankenversicherung	2 302	2 255	2 144	2 051
Unfallversicherung	415	400	395	377
Invalideversicherung	1 598	1 308	1 522	1 126
Angefallversicherung	495	186	406	138
Knappschaftsversicherung	257	230	230	226
Arbeitslosenversicherung	995	1 372	851	941

Die Gesamteinnahmen der Sozialversicherung betragen 1929 rund 6 Milliarden Mark gegen 5,5 Milliarden im Jahre 1928. Die Gesamtausgaben stellten sich auf 5,7 Milliarden Mark 1929 gegen 4,8 Milliarden 1928. Es verbleibt im Jahre 1929 ein Einnahmeüberschuß in Höhe von 300 Millionen Mark. Im Jahre 1928 betrug der Ueberfluß 700 Millionen Mark. Untersucht man die einzelnen Versicherungszweige, so hatten sämtliche Einrichtungen mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung höhere Einnahmen als Ausgaben. Die Einnahmen stammten aus (in Millionen Mark):

	1929		1928	
	Beiträge	Reichszuschuß	Beiträge	Reichszuschuß
Krankenversicherung	2 235	27	2 074	29
Unfallversicherung	395	—	377	—
Invalideversicherung	1 094	385	1 075	320
Angefallversicherung	372	—	317	—
Knappschaftsversicherung	192	56	222	—
Arbeitslosenversicherung	869	105	823	—

Der Rest der Einnahmen kommt aus Zinsen und sonstigen Einnahmen. Läßt man die Arbeitslosenversicherung fort, so ergibt sich, daß die fünf anderen Versicherungseinrichtungen im Jahre 1929 einen Einnahmeüberschuß hatten von 688 Millionen Mark. Sie

hatten einen Ausgabeüberschuß von 4,3 Milliarden Mark, die Einnahmen aus Beiträgen betragen rund 4,2 Milliarden Mark. Aus Zinsen liefen ein rund 311 Millionen Mark. Es zeigt sich daran, daß die Einnahmen der fünf Versicherungszweige ohne Reichszuschüsse die Ausgaben deckten. Bei der Arbeitslosenversicherung drückt die hohe Arbeitslosigkeit stärker auf die Einnahmen als bei den anderen fünf Versicherungszweigen.

Da sich die Vereinigung der Arbeitgeberverbände neuerdings die Krankenversicherung aufs Korn genommen hat und den Abbau dieser Einrichtung fordert, sind ein paar Zahlen über Ausgaben und Einnahmen, die sich auf einen längeren Zeitraum erstrecken, nicht unwichtig. Es betragen bei der Krankenversicherung (in Millionen Mark):

	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmeüberschuß
1926	1 450	1 325	125
1927	1 680	1 579	101
1928	2 144	2 051	93
1929	2 302	2 255	47

Dazu sei noch bemerkt, daß die Deckung der Ausgaben durch Beiträge auch im Jahre 1929 nahezu erreicht wurde. Die Einnahme aus Beiträgen betrug 1929 rund 2 235 Millionen Mark, dem eine Gesamtausgabe von 2 255 Millionen gegenübersteht. Die Mehrausgabe beträgt 20 Millionen Mark.

Ueber die Rentenbewegung in der deutschen Sozialversicherung macht die Statistik die in der folgenden Tabelle aufgestellten Angaben. Danach bezogen Renten:

	1929		1928	
	Versicherte	Sinterbliebene	Versicherte	Sinterbliebene
Invalideversicherung	2 069 000	1 180 000	1 968 000	1 128 000
Angefallversicherung	99 000	89 000	73 000	77 000
Knappschaftsversicherung	201 000	169 000	193 000	170 000
Unfallversicherung	343 000	197 000	792 000	186 000
Krankenversicherung	855 000	—	800 000	—
Arbeitslosenversicherung	1 275 000	—	890 000	—

Bei der Krankenversicherung ist der Jahresdurchschnitt der Kranken und bei der Arbeitslosenversicherung die Hauptunterstützungsempfänger im Monatsdurchschnitt ohne Krienerunterstützte angegeben. Gegenüber 1928 hat die Zahl der Renten- und Unterstützungsempfänger zugenommen in der Invalideversicherung um 153 000, in der Angefallversicherung um 38 000, in der Knappschaftsversicherung um 7 000, in der Unfallversicherung um 62 000, in der Krankenversicherung um 55 000 und in der Arbeitslosenversicherung um 385 000. Diese Ziffern machen die Steigerung der Ausgaben in den einzelnen Versicherungszweigen erklärlich. Die Anstrengung fordert ihre Opfer. Gleichzeitig schadet aber mit jedem Rentenbezieher ein Versicherungsträger aus, die Einnahme verringert sich um diesen Betrag.

Auch ist bemerkenswert, daß die Zahl der Sinterbliebenden bedeutend gestiegen ist. Die Gesamtzahl der Sinterbliebenden betrug 1929 1 635 000 gegen 1 561 000 im Jahre 1928. Die Zunahme beträgt rund 74 000. Auf die einzelnen Versicherungszweige verteilt sich die Steigerung wie folgt: Invalideversicherung 52 000, Angefallversicherung 12 000, Unfallversicherung 11 000. Bei der Knappschaftsversicherung ist die Zahl der Sinterbliebenden um 1 000 zurückgegangen.

Das sind die nackten Tatsachen, woran die Argumente der Unternehmer nicht rütteln können. Alles, was von den Unternehmern in den letzten Monaten gegen die Sozialversicherungen vorgebracht worden ist, beweist nur, wie gerne sie diese Einrichtungen beseitigen möchten.

Bücher und Zeitschriften

„Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausbehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten.“ Neue, wesentlich erweiterte Auflage. 88 S. Preis 1 Mk. Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers ergeben sich neue Aufgaben, deren Durchführung durch diese Broschüre wesentlich gefördert wird. Die erheblich erweiterte Auflage enthält nicht nur die Verordnung des Reichsarbeitsministers sowie dessen ergänzende Rundschreiben und Richtlinien, sondern auch die Durchführungsanordnungen sämtlicher Landesregierungen. Außerdem haben Dr. med. Werner Brodnik und Prof. Dr. Chajes wertvolle Beiträge über die Berufskrankheiten und ihre Bekämpfung beigelegt. Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern seit langem die Bestrebungen zur besseren Erhaltung und Bekämpfung der Berufskrankheiten. Die preiswerte Broschüre kann deshalb den Funktionären bestens empfohlen werden.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Heub. Leipart. Schriftleitung: Paulus Erdmann. 1930. Heft 4. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Eine Antwort an die Frauen der „Open Door“

Die Gewerkschaftspresse konnte nicht umhin, auf die eigenartige Bewegung der Frauen der „Open Door“ hinzuweisen. „Open Door“ heißt: Offene Tür. Was wollen die Frauen der „Open Door“? Freie Bahn der Frau im Berufsleben. Kein Mütter-schutz, kein Schwangerschaftsschutz, kein Verbot der Nachtarbeit, wie das in England rigoros durchgeführt ist. In 1928 und 1929 wandte sich der Rat der „Open Door“ an die Regierungen der Vereinigten Staaten Amerikas und Englands mit Petitionen. Das veranlaßte das „Womens Bureau of the U.S.A. Department of Labor“ (amtliche Frauenbureau des amerikanischen Arbeitsministeriums), eine Untersuchung über die Materie zu veranstalten. Nun hat auch das englische Arbeitsministerium der Arbeiterregierung eine ähnliche Untersuchung durchgeführt und in einem „Weißbuch“ veröffentlicht unter dem Titel: „Eine Studie über die Faktoren, die in Vergangenheit und Gegenwart die Art der Frauennarbeit in der Industrie beeinflussten.“

Die große Bedeutung dieser Studie liegt darin, daß hier von der englischen Regierung eine Antwort gegeben wird an die Frauen-sonderlinge der „Open Door“. Im „Weißbuch“ lesen wir:

„Sie (die Open-Door-Berträterinnen) behaupten, die Fabrik-gesetzgebung, die nun in England einen mehr als hundertjährigen Wirkungsbereich hinter sich hat, zum Schutz der Frauen erlassen wurde, sei es zu dem Zweck geschaffen worden, um die Frau als Industriearbeiterin in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hemmen, weil die Unternehmer, getrieben durch die für Frauen geschaffenen Arbeiterschutzbestimmungen dazu neigen, lieber Männer als Frauen zu beschäftigen. Auch wird behauptet, durch die für Frauen geschaffenen Schutzbestimmungen würden sie in ungelernete Berufe abgedrängt.“

„Die Frage, ob der Arbeiterinnenschutz den Frauen in Vergangenheit und Gegenwart hinderlich war, ist eine positive Feststellung, und das Regierungsdepartement zur Ueberwachung der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung hielt es angeht die bevorstehenden gesetzgeberischen Bemühungen zur Verbesserung dieser Gesetzgebung für angebracht, die aufgestellten Behauptungen zu überprüfen.“

In kurzer, schlichter aber eindrucksvoller Art gibt also das englische Weißbuch den Frauen der Open Door eine gute Antwort auf ihre Behauptungen und es lohnt sich, die gemachten Feststellungen in Augen-schein zu nehmen. Die Untersuchung zerfällt in drei Abteilungen: 1. Werden statistische Informationen gegeben über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in verschiedenen Zeitaltern. 2. Information über die Beschäftigung von Arbeiterinnen verschiedener Stufen industrieller Entwicklung. 3. Mitteilungen über die Ursachen, die Einfluß auf die Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung von Frauen in bestimmten Industrien haben.

Wir wollen nun nicht mit langen Zahlreihen belästigen, es genügt die Feststellung der Tatsache, daß der Arbeiterinnenschutz wenig oder gar nichts zur Verdrängung der Frau aus dem Beruf beigetragen hat, im Gegenteil hat die Frauennarbeit trotz der vielen in den letzten vierzig Jahren durchgeführten Verbesserungen des Arbeiterinnenschutzes zugenommen. In der Textilindustrie, wo die Frauennarbeit von jeher recht bedeutend war, war eine erhöhte Frauennarbeit naturgemäß gering, sie stieg von 60,53 v. H. in 1890

auf 63,80 v. H. in 1928. Männerarbeit sank in dieser Zeit von 39,47 v. H. auf 36,11. In der Weberei sank der Anteil der Männer von 43,53 v. H. auf 30,86, der Anteil der Frauen aber stieg von 57,25 v. H. auf 60,14. In den Papier- und Buchdruckereibetrieben fiel der Anteil der Männer von 73,18 v. H. auf 68,55, der Anteil der Frauen stieg aber von 26,82 auf 37,45 v. H. In den Färbereien sank der Anteil der Männer von 72,91 auf 67,68 v. H., der Anteil der Frauen stieg von 27,09 auf 32,32 v. H. In der Chemie sank der Männeranteil von 90,44 auf 81,31, der Frauenanteil aber stieg von 9,56 auf 18,69 v. H. In den sogenannten neuen Industrien, wie beispielsweise Kunstseide, stieg der Anteil der Frauen bedeutend mehr. Besonders die Textilindustrie zeigt am deutlichsten die Unsinngigkeit der Behauptungen der Frauen der „Open Door“. Bekanntlich bildeten die Frauen hier stets die Mehrheit in der Industrie und trotz allem Arbeiterinnenschutz blieb dieses Verhältnis bestehen.

Die industrielle Frauen- und Kinderarbeit auf großer Stufenleiter begann bekanntlich mit der Erfindung des mechanischen Spinn- und Webstuhles. Brutalste, entwürdigende Ausbeutung „en masse“ feierte grausame Orgien. Stillende Mütter mit ihren Kindern bei 16stündiger Arbeitszeit in schmutzigen, ungelunden Höhlen, genannt Fabriken, das war der Gang der Dinge. „Marie, was siehst du schlecht aus heute morgen“, sprach einstens, als es noch keinen Arbeiterinnenschutz gab, ein Aufseher zu einer jungen Frau in der Weberei. „Sie würden auch nicht anders aussehen“, antwortete das arme kranke Geschöpf, „wenn Sie heute morgen ein Kind geboren hätten, wie ich.“ Das war einstens die rechtliche Lage der Arbeiterinnen, die die Frauen der „Open Door“ wieder herbeiführen. „Der Rat“ dieser Frauen entstammt nicht den Kreisen der Arbeiterinnen, die Fabrikflavin und Hausfrau in einer Person verkörpern. Der zuerst in England eingeführte Arbeiterinnenschutz folgte einem Gebot des Selbsterhaltungstriebes der menschlichen Gattung. Es ist doch auch kein Zufall, daß der Gedanke der Frauengleichheit erst in den letzten dreißig Jahren festen Fuß faßte, also erst nach Ausdehnung des Arbeiterinnenschutzes in den Vordergrund trat. Der Arbeiterinnen- und Mütter-schutz stählte doch erst den Willen zur Freiheit. Freilich, unter der Parole „Schutz für Frau, Mutter und Kind“ wurde der Arbeiterschutz erst geboren. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, als die berühmten Hygieniker, wie Lord Shaftsbury, ihre Stimme trotz schärfsten Widerstand des gesamten Unternehmertums in England für den Arbeiterschutz erhoben, taten sie es mit Rücksicht auf die eigenartige biologische Beschaffenheit der weiblichen Konstitution. In England kennt man sonderbarerweise bis zum heutigen Tage keinen Arbeiterschutz für mütterliche Arbeiter. Wo aber die Frauen zurückgedrängt wurden, „da war es nicht“, wie das Weißbuch hervorhebt, „Schuld des Arbeiterinnenschutzes, es waren eben Dinge, in der Industrie selbst begründet.“ Es ist verantwortungslos, wenn unwissende Frauen der besitzenden Klasse von „absoluter Gleichheit für Mann und Frau“ fabeln, was an folgendem Gleichnis klar gemacht werden soll: Wer wollte einer Frau, die gerade ein Kind zur Welt gebracht hat, zumuten in ihrem kranken Zustand etwa doppeltso schwere Gegenstände zu schleppen? „In Schmerzen sollst du Kinder gebären“ heißt es in der Bibel und dieser Zustand setzt Krankheit voraus. Und da wagen es die Frauen der „Open Door“, den gewerkschaftlichen Kampf, der die Menschenwürde der Frau ganz gewaltig hob, zu verunglimpfen? Nicht mit Unrecht heißt es im Weißbuch:

„Die verschiedenartige Verteilung der Aufgaben in der Industrie zwischen Mann und Frau ergeben sich hauptsächlich aus

dem Unterschied der Fähigkeit und der Stärke. Als der mit der Hand betriebene Spinn- und Webstuhl bestand, die ganze Arbeit in der Hausindustrie betrieben wurde, auch da wurde die schwerste Arbeit von den Männern verrichtet. Die Männer standen an den schweren Stühlen, während sich die Frauen mit Krempeln, Kämmen und Spinnen begnügten. Als die Maschine die Handarbeit verdrängte, fand auch ohne Arbeiterinnenschutz ganz von selbst eine Vertauschung der Rollen statt. Die ersten Spinnmaschinen stellten größere physische Anstrengungen und Anforderungen, so daß für die Spinnarbeit Männer statt Frauen beschäftigt wurden, während die Frauen leichtere Arbeiten verrichteten. Es scheinen hier Naturgesetze zu walten, die sich allen Anschauungen zum Trotz einfach hilflos durchsetzen.“

Freilich spielen auch „lokale“ Ansichten bei der Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau eine nicht unbedeutende Rolle.

„Häufig hängt die Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau von lokalen Verhältnissen und Ueberlieferungen ab. Beispielsweise gibt es in Birmingham Arbeiten, die für die Frau als unpaßlich betrachtet werden, die aber wieder in anderen Gegenden des Landes ohne weiteres als Frauennarbeit gilt. Es kommt vor, daß in einer Fabrik bestimmte Arbeit von Frauen verrichtet, was von der Belegschaft einer anderen Fabrik als für Frauen „unpaßlich“ nicht zugelassen wird. So gibt es Zweige der Metallindustrie, wo in einer Fabrik das Polieren von Frauen gemacht wird, in der anderen aber von Männern, und zwar aus dem Grunde, „weil sie nie sahen, daß auch Frauen solche Arbeiten verrichten.“

Solche Dinge haben freilich mit dem Arbeiterinnenschutz gar nichts zu tun. Wo Hemmungen dieser Art bestehen, sind sie das Resultat von Unverstand, oder auch Mangel an Widerstandskraft seitens der Arbeiterinnen, die es nicht verstehen, sich durchzusetzen — und darauf kommt es doch schließlich an. Bemerkenswerter für diese Mentalität war der Krieg und die erste Nachkriegsperiode. Nach Ausbruch des Krieges wurden Frauen zu Arbeiten herangezogen, die vorher nur als „Männerarbeit“ galt. Zwischen den englischen Gewerkschaften und den Unternehmerorganisationen kam es deshalb zu Verhandlungen und Vereinbarungen, wonach „die Männer nach Rückkehr aus dem Felde ihren alten Platz wieder einnehmen“ sollten. Es heißt hierüber im Weißbuch:

„Ganz abgesehen von Vereinbarungen herrschte im allgemeinen zwischen den Frauen und der öffentlichen Meinung Uebereinstimmung darüber, daß die Frauen nach dem Kriege den Männern wieder weichen müßten. In den seltensten Fällen blieben die Frauen in den vorübergehenden angenehmen Stellungen, besonders, wenn es sich um verheiratete Frauen handelte. Unverheiratete Frauen traten nach der Verheiratung zurück und heute werden auch diese Arbeiten wieder von Männern verrichtet... Die Frauen betrachteten auch die Kriegsarbeit als Arbeit im Dienste des Vaterlandes; sie dachten gar nicht daran, sich für Erhaltung „des Privilegs“ einzusetzen...“

Dann heißt es: „Die rapide und reibungslose Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen beweist klar und deutlich, daß sich die Verteilung der Arbeit in der Industrie zwischen Männern und Frauen natürlich und ganz von selbst vollzieht.“

Alles in allem enthält das Weißbuch eine glänzende Abfuhr für die Frauen der „Open Door“, gleichzeitig aber auch eine glänzende Verteidigung für die mühevollen und aufopfernde Arbeit der Gewerkschaften zugunsten eines wirkungsvollen Arbeiterinnen- und Mütter-schutzes.

B. W.

„Eine Glosse“. Zu dieser Notiz in Nr. 17 des „Steinarbeiter“ erhalten wir von der Gauleitung in Würzburg die Mitteilung, daß unser Verband im dortigen Bezirk doch eine offizielle Einladung zu der betreffenden Versammlung in Miltenberg erhalten hat, insofern dessen der Gauleiter, Kollege Gustav Hermann, und etwa sechs andere Kollegen in der Versammlung anwesend waren. Kollege Hermann hat, wie uns mitgeteilt wird, ebenfalls an der Aussprache teilgenommen. Allerdings nicht nur im engen Rahmen der Kalksandsteinindustrie, sondern er hat die Notlage der Werksteinindustrie allgemein geklärt. Dabei auch nicht vergessen, der bayrischen Regierung ihre Rückständigkeit im Straßenbau vorzuwerfen, unter Heranziehung von Vergleichszahlen anderer Länder. Letzteres war sehr angebracht; denn der anwesende und auch im Bericht von Dr. G. St. erwähnte Landtagspräsident Stang gehört der bayrischen Volkspartei an, diese Herrschaften sitzen ja immer in der Regierung, also der Regierung, die für die Steinindustrie nichts tut.

Da der Steinarbeiterverband bzw. dessen Sprecher in dem Bericht nicht erwähnt wurde, kann nur die Absicht vorliegen, uns als Verband ohne jede Bedeutung hinstellen zu wollen. Bei der Einstellung des Berichterstatters ist das erklärlich, trotzdem sehr dumm. Uebrigens war, wie uns mitgeteilt wird, von dem „geschlossenen Volkskörper“, politisch gesehen, gar keine Rede. Eine solche Tendenz wagte sich gar nicht heraus, zumal ja auch die SPD durch De Wald, M. d. L., vertreten war.

An und für sich ist der Vortrag in Miltenberg a. M. kein weltbewegender, aber er ist typisch für den Berichterstatter und seine Hintermänner. Solches Losschweigen nennt man Wanzentaktik! und die sollte in einem Fachblatt für die gesamte Steinindustrie, wie „Der deutsche Steinbildhauer“ sich selber nennt, nicht geübt werden. Dazu ist einmal die in Miltenberg behandelte Frage durchaus nicht geeignet, und die Gewerkschaft der Steinarbeiter denn doch zu groß und zu einflussreich, um dem Berichterstatter, Herrn Dr. G. St., als nicht vorhanden angesehen zu werden.

Vom Straßenbauarbeiterverband der Niederlande. Am 20. und 21. April tagte in Utrecht der 8. Verbandstag des niederländischen Steinseher- und Straßenbauarbeiterverbandes. Die Entwicklung dieser Bruderorganisation ist in den letzten Jahren, sowohl der Erhöhung der Mitgliederzahl als auch der Kampfkraft, eine fruchtbarere gewesen. In seinem Bericht stellte der Verbandsvorsitzende Schouder woerd fest, daß seit dem letzten Verbandstag die Zahl der Filialen des Verbandes von 37 auf 5 gestiegen sei. Die Mitgliederzahl hat sich in der gleichen Zeit verdoppelt. Unter dem niederländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen hat der Verband die größte prozentuale Zunahme an Mitgliedern erfahren. In der Betreuung der Interessen der Arbeiter, der Einkunftsnahme auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind gute Erfolge erzielt worden. Zum letzten Mittel des Kampfes mußte während der Berichtszeit in fünf Fällen gegriffen werden. Der umfangreichste Kampf war der 4 1/2 Monate dauernde Streik in Rotterdam, der den Beteiligten ganz wesentliche Vorteile brachte. Zu einem großen Teile werden in den Niederlanden die Straßenbauten in Regie ausgeführt, was teilweise zu großen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber auch zu Organisationschwierigkeiten führte. Ein besonderes Aufgabengebiet wurde durch die berufliche Förderung der Mitglieder, besonders der Jugend, im günstigen Sinne durch den Verband beeinflusst. Die finanziellen Verhältnisse des Verbandes haben sich in der Berichtszeit gefestigt, doch wurde zu gegeben, daß in dieser Hinsicht in Zukunft noch weiterzuarbeiten sei.

Die Verhandlungen des Verbandstages zeigten das große Interesse, das die Mitglieder dem Weiterausbau des Verbandes widmeten. Insbesondere wurde der Hauptvorstand beauftragt, nach Erwägung aller finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen der Freistellung eines Kollegen vornehmlich zu Agitationszwecken näherzutreten. Dergleichen spielte die Einführung der Invalidenunterstützung durch den Verband in der Aussprache eine wesentliche Rolle. Der sachlichen und beruflichen Ausbildung der Lehrlinge wurden durch alle Delegierten gute Hinweise gegeben und des Wirkens des Verbandes in dieser Frage anerkannt gedacht. Der Vertreter des niederländischen Gewerkschaftsbundes, van der Ende, machte zu dieser Frage Ausführungen, die von dem Verbandstag mit größter Zustimmung entgegengenommen wurden. Die internationalen Sekretäre Kold (Zürich) und Linke (Leipzig) zum Ausdruck. Letzterer wies auf die große Arbeitslosigkeit in Deutschland hin und sprach seinen Dank aus, daß die niederländische Bruderorganisation schon einer großen Anzahl deutscher Kollegen Arbeit in dieser schweren Zeit in Holland verschafft habe. Allerdings ist die Aufnahme arbeitsloser deutscher Kollegen in Holland angesichts der Größe des Landes nur sehr beschränkt. Der Sekretär des niederländischen Bauarbeiterverbandes, Kollege Sinoo, brachte die Verbundenheit der Steinarbeiter und Straßenbauarbeiter zum Ausdruck. Nach Erledigung der umfangreichen Tagesordnung wurde der Verbandstag mit dem Gesang der Internationalen geschlossen.

Aus dem 6. Gau. Vom 23. bis 26. April fand für den 6. Gau ein Wanderversus in Mannheim statt, für den 58 Teilnehmer gemeldet waren; 7 Kollegen fehlten jedoch. Wahrscheinlich sind dafür betriebliche Ursachen maßgebend gewesen. Von den 51 waren 7 ledig, 43 verheiratet, 1 Teilnehmer war Witwer.

Nach dem Alter befragt, ergab sich folgendes: Bis 25 Jahre 8, von 26 bis 30 Jahre 17, von 31 bis 35 Jahre 12, von 36 bis 40 Jahre 7, zwischen 41 und 50 Jahre 5 und über 50 Jahre alt waren 2 Teilnehmer.

Die Mitgliedsdauer war bei 20 Teilnehmern bis 5 Jahre, bei 17 bis 10 Jahre, bei 11 bis 15 Jahre, über 15 Jahre 1 und über 25 Jahre gehörten 2 Teilnehmer dem Verbands an.

Verbandsfunktionen wurden ausgeübt: 14 Vorsitzende, 4 Kassierer, 1 Vorsitzender und Kassierer, 3 Revisoren, 3 Beisitzer und Schriftführer, 4 Betriebsratsmitglieder, 10 Hilfskassierer und 12 Teilnehmer bekleideten augenblicklich keine Funktion in der Zahlstelle.

Nach den Berufsgruppen im Verbands ergab sich folgende Uebersicht: 21 Steinmehrer, Steinhauer, 4 Brecher, 15 Pflastersteinmacher, 3 Schleifer, 2 Schlosser, Schmied, 6 Schottersepp, Hilfsarbeiter.

Politische Mitgliedschaft: 26 SPD, 5 KPD, 20 politisch nicht organisiert.

Zu dem Kursusverlauf ist ganz allgemein zu sagen, daß er einer der aufmerksamsten unter den bisher abgehaltenen gewesen ist. Soffentlich ist auch die Auswirkung auf das Verbandsleben im 6. Gau so günstig wie der äußerliche Eindruck im Zusammenwirken der vier Tage mit den Vortragenden sich kundgab. Der betreffende Gaubezirk kann dessen dringend gebrauchten.

Die Zahlstelle Mannheim hatte durch ihre umsichtige Leitung es sich nicht nehmen lassen, die Teilnehmer zu einem Unterhaltungsabend am 25. April einzuladen. Humor und Ernst, Musik und Gesang hielten die Teilnehmer zusammen, und wenn nur ein kleiner Teil der dort gesprochenen Wort in Erfüllung geht, dann ist es sehr gut. Hoffen wir es!

In Mannheim selbst hat der Rückgang des reinen Steinmehrgewerbes den Zusammenhalt mehr gelockert, als man eigentlich annehmen sollte. In besseren Zeiten zusammenzuhalten ist schließlich keine große Kunst. Notzeiten dagegen sollten die solidarische Grundeinstellung viel besser zur Geltung bringen und kein Verlager sein. Die Kunststeinindustrie hat ja fast in allen Orten, die früher

über musterwürdige Zahlstellen verfügten, die Sache geändert. Egoismus und übertriebene Arbeitsleistungen sind das Uebel, das diese „Arbeitsumstellung“ uns zum Teil gebracht hat. Wenn man zum Beispiel hört, daß ein Steinmehrer an einem Tage 26 Quadratmeter scharrt, dann kann man sich ein Bild davon machen, was eine solche „Leistung“ alles wieder zerschlägt; zerschlägt, was in jahrelanger emsiger Arbeit von den überzeugten Kollegen aufgebaut wurde. Solche Vorgänge treiben wie ein Keil den örtlichen Zusammenhalt auseinander, statt im entgegengesetzten Sinne zu wirken. Leider! Die Zahlstelle hatte während des Kursums eine Versammlung angeseht, deren Besuch das Vorstehende bestätigte. Dennoch: Mitleidigkeit ist keine gewerkschaftliche Eigenschaft! Und wenn man sich unterkriegen läßt von der schlechten Berufsfrage, und gleichgültig wird, dann findet die zweifellos kommende bessere Zeit unter den Steinarbeitern ein rückgratloses Geschlecht, nicht fähig, die Situation auszuwerten. Eine Lockerung des Zusammenhalts in der gegenwärtigen Zeit ist deshalb das Schlimmste, und jeder einzelne Kollege sollte das mit verhindern suchen in seinem eigenen Interesse.

Abgesehen von dem Vorstehenden, haben die Mannheimer Tage einzelne Kollegen zusammengeführt aus dem Schwarzwald und Odenwald, aus der Pfalz und Württemberg, und es war wirklich eine Freude, zwischen diesen gebräunten „Steingelassen“ zu sitzen, denen man ohne Ausnahme den energischen Willen, dem Verbands zu dienen, ansah.

Verbandsstreue

Im Monat April blühten folgende Kollegen auf eine ununterbrochene 25jährige und längere Mitgliedschaft im Steinarbeiterverband zurück:

- Wünschelburg, Kaspar Kraft, Reinhold Kaschitzky.
- Bunzlau, Georg Ritter, Gustav Reimann, Joseph Wolf, Wilhelm Stredsch, Georg Eisenhauer, Richard Stuhla, Max Bed, Georg Burggraf, Johann Müller, Phil. Thomala, Oskar Willisch, Bruno Goitwald, Herrn. Senftleben, Hermann Hornseist, H. Gläzer, Karl Kubagky.
- Bonn, Wilhelm Köster.
- Liegnitz, Xaver Senft, Paul Neumann, Otto Sommer, Oswald Pawlik.
- Osternleben, Hermann Spier.
- Köln, Karl Odenthal.
- Heppenheim-Hemsbach, Alois Spacheter, Xaver Sider, Joseph Kriß, Nikolaus Deppert.
- Hamburg, Friedrich König, Hermann Timmermann, Emil Krüßfeld.
- Mücheln, Paul Schwengenbecher, Gustav Weber.
- Niederlammig, Michael Winterling, Wolfgang Plechschmidt, Johann Popp, Konrad Hübner, Frik Baer, Martin Schöffel, Gottfried Franz, Georg Ruppert, Wolfgang Stäudel, Johann Sommerer, Heinrich Flügel, Wolfgang Händel, Franz Werner, Johann Feustel, Johann Hager, Karl Schröder.

Den genannten Jubilaren die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage. Den jüngeren Verbandsmitgliedern sei die Verbandsstreue zur Nachahmung empfohlen.

Von den Gefahren der Steinbrucharbeit

Im Steinbruchbezirk Mayen sind in den letzten Wochen drei Unfälle zu verzeichnen, von denen zwei tödlich verlaufen sind. Im ersten Falle handelt es sich um den Sohn eines kleinen Grubenbesizers, der, da der Raum ziemlich beengt ist, beim Fördern von Steinen von oben in den Bruch gestürzt ist. Sein Name ist Franz Thelen, 19 Jahre alt. — Der zweite Fall betrifft ein Verbandsmitglied von uns, Heinrich Justen, der am 1. 1930 durch Sturz in den Bruch einen Schädel-, Rippen- und Schenkelbruch erlitt. — Der dritte Fall betrifft ein früheres Mitglied, das vor Wochen aus der Beitragsliste gestrichen wurde. Es ist der Steinbrecher Paul Theisen, 37 Jahre alt. Er wurde im Bruch von niedergehendem Gestein erfaßt und starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Er hatte nach monatelanger Erwerbslosigkeit und Krankheit am ersten Tage wieder gearbeitet.

Es scheint sehr notwendig, daß die Bergbehörde, der die dortigen Betriebe unterstehen, mehr als bisher die Brüche kontrolliert, ob die Unfallverhütungsvorschriften richtig gehandhabt werden.

Dann wirkt es bestemmend, wenn die Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion I, Bonn, die Steinarbeiter, die auf dem Mayener Grubenfelde verunglücken, in ein Krankenhaus nach Koblenz überführen will (40 Kilometer entfernt), obgleich in Mayen ein Krankenhaus ist, das sich mit seinen technischen Einrichtungen mit jedem andern messen kann.

Das Mayener Steinbruchsgebiet oder Grubenfeld, wie es genannt wird, steht auch mit seinen steinbruchtechnischen Einrichtungen weit zurück, insoweit es die Unfallgefahr groß, was wiederum die dortige Unfallhäufigkeit beweist, von der die vorstehenden Fälle nur ein kleiner Auszug sind. Die dortigen schlechten Erwerbsverhältnisse, die seit gut einem Jahrzehnt unsere Kollegenzahl sehr dezimieren, tragen zu diesen Unfall-Betriebsorganen wesentlich bei. Nichtsdestoweniger hat die Bergbehörde die Pflicht, dauernd und energisch die Steinbrucharbeiten auf dem Mayener Grubenfelde zu kontrollieren.

Girslachsdorf. Am 8. April fand nach Arbeitschluss eine Versammlung im Gubhills Lokal in Girslachsdorf statt. Punkt 1 der Tagesordnung: Einführung der Invalidenversicherung im Verbands, gab Kollege Schlegelmich als Vorsitzender nochmals die Veröffentlichung in Nr. 12 des „Steinarbeiter“ bekannt. Nach erfolgter Aussprache ergab die Abstimmung 27 für und 17 dagegen. — Als nächster Punkt stand die Betriebsratswahl auf der Tagesordnung. Die Wahl erübrigte sich, da nur eine freigewerkschaftliche Liste eingegangen war. Es muß immer wieder darauf hingewiesen und gefordert werden, daß die Gesamtkollegenschaft mehr Interesse an allen Verbandsangelegenheiten zeigt. — Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Schlegelmich als Vorsitzenden, Wilh. Blech als Hauptkassierer, als Hilfskassierer Fr. Fleischer. Als Schriftführer wurde Kollege Wütel gewählt, da der bisherige ausgeschieden ist. Es wurde die Anregung gegeben, daß der neue Schriftführer auch Berichte an das Verbandsorgan zu leiten hat. Als Revisoren fungieren die Kollegen Tiegold und Dittich. Unter „Dertlichem und Verschiedenem“ wurde an mehr Interesse für das Verbandsleben und an die Beitragsleistung appelliert, da auch die Zahlstelle pünktlich mit der Zentrale abzurechnen hat. Auch kam die schlechte wirtschaftliche Lage, von der auch die Kollegen nicht verschont geblieben sind, zur Sprache. Es sind noch 13 Kollegen seit der Betriebsstilllegung arbeitslos.

Kirchwehe. Am 30. März fand hier eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand u. a. Abstimmung über Einführung der Invalidenunterstützung im Verbands. In der Aussprache wurde die Vorlage stark bemängelt. Man war der Auffassung, daß auch in unserem Verbands die Unterstützung eingeführt werden muß, nur nicht so kärglich. Nach der Vorlage gibt es erst nach 520 vollen Beiträgen Unterstützung. Da aber im Straßenbau mit einer halbjährigen Arbeitszeit gerechnet werden muß, sind 20 Jahre notwendig, um bezugsberechtigt zu sein. Läßt sich z. B. ein Kollege im Alter von 30 Jahren neu aufnehmen, ist es schon fraglich, ob dieser noch in den Genuß der Rente kommt. Wenn etwas Vernünftiges gemacht werden soll, müssen Beiträge und Rente erhöht werden. Die Versammlung lehnte einstimmig (6 Mitglieder. Red.) die Vorlage ab.

Kölsfeld. Die Versammlung am 5. April bei Kollegen Engelert war schlecht besucht. Das ist darauf zurückzuführen, daß schon über ein Jahr kein Steinmehrer beschäftigt ist. Es sind deshalb nur noch wenige Kollegen, die ein Interesse am Erhalten des Verbandes haben. In Anbetracht der Invalidenversicherung im Verbands hätte man mehr Kollegen erwartet. Die Anwesenden hatte alle Verständnis für die Einführung der Versicherung, mußten jedoch wegen ihrer Minderheit von einer Abstimmung absehen, mit der Hoffnung, daß dieser Unterstützungszweig im Verbands Bedeutung gewinnt. Zum Schluß äußerten sich Ansichten und Kritik über das im Gastzimmer befindliche Plakat des Verbandes. Ganz klar leuchtet das größte Arbeitsfeld, der Straßenbau, hervor. Von Gästen anderer Berufe wird dem Plakat Bedeutung zuerkannt.

Eichenkruth. Am 12. April, um 20 Uhr, fand im Sozial Blumenstein, St. Ottilien, unsere Generalversammlung statt. Anwesend waren 19 Mitglieder. Die Tagesordnung fand lebhaftes Interesse der Mitglieder. Ueber die Urabstimmung setzte eine lebhafteste Debatte ein. Vom 1. Vorsitzenden wurde eine kurze Erläuterung gegeben und er betonte dabei, daß doch der Verband keine Unterstützungskasse sei. Die Abstimmung ergab 10 für und 9 gegen die Einführung. Auch der Punkt Maifeier rief eine lebhafteste Debatte hervor. Es wurde beschlossen, am 1. Mai abends eine Versammlung einzuberufen. Der Vorsitzende erwähnte, dem Verbands auch ferner die Treue zu halten.

Schivelbein. Eine zum Sonntag, dem 6. April, anberaumte Versammlung war nicht beschlußfähig, deshalb wurde zum 13. April nochmals eine angelegt. Es standen 9 Punkte zur Verhandlung; leider war die Versammlung auch nur mäßig besucht. Im Hinblick auf die wichtige Sache ist das zu bedauern. Die Verlesung des letzten Protokolls wurde zurückgestellt, da der Schriftführer erkrankt ist. Das neue Verbandsplakat fand allgemeinen Anhang. Zum Rundschreiben Nr. 7 stehen wir an der Seite des Hauptvorstandes. Das im Rundschreiben Nr. 8 geschilderte behalten wir im Auge. Bei der Abrechnung vom letzten Quartale wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Revisor wurde der Kollege Albert Ehler gewählt. Zur Maifeier hat jeder Kollege die Waimarke als Pflichtmarke zu haben und damit die Berechtigung zu jeder Versammlung. In der Urabstimmung über die Invalidenunterstützung stimmten nur 8 Kollegen für und 5 dagegen bei einer Enthaltung. Zur Fahnenweihe am 18. Mai nach Stolzenberg, wurde die Beteiligung zugesagt. Hiermit wurde auch die eigene Anschaffung einer Fahne verknüpft und auch beschlossen. Unter „Verschiedenes“ wurden die Versammlungsangelegenheiten behandelt. Der Kassierer erwähnte die Kollegen zur Zahlung des rückständigen Sterbegeldes und der sonstigen Ausstände.

Bühl. Am 13. April fand unsere Versammlung mit Quartalsabrechnung statt. Der Kassierer, Kollege Georg Bauer, verlas die Abrechnung; sie war von den Revisoren und vom Gauleiter Sarfert geprüft worden. Ueber die Invalidenversicherung hielt uns der Gauleiter einen lehrreichen Vortrag. Auch über sonstige Angelegenheiten wurde Auskunft gegeben. Dann wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. In „Verschiedenem“ wurde zur Sprache gebracht, daß auch die Zahlstelle Bühl einige alte Kollegen hat, die dem Verbands dauernd angehören. Es sind dies die Kollegen Stephan Unfried, 25 Jahre, Michael Jobst und Michael Gegenfurtner, 24 Jahre, Xaver Kain und Joseph Dimer 23 Jahre, Otto Fuchs und Xaver Jobst je über 20 Jahre.

Odesloe, Bad. In der Versammlung am 6. April waren 4 der Kollegen anwesend. Die Abstimmung über Einführung der Invalidenunterstützung ergab nach einstündiger Debatte die Annahme mit 4-Majorität, zwei enthielten sich der Stimme. Verhandelt wurde noch über die Firma Schulz und einstimmig beschlossen, die Sperre weiter bestehen zu lassen. Vielleicht gelingt es noch, daß die Kollegen ihren hauer verdienten Lohn bekommen. Alle Kollegen müssen hierbei mithelfen. Keiner darf bei der Firma in Arbeit treten!

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- Göpper:**
2. Gau: In Hofenau das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.
 3. Gau: Die Betriebe der Hobburger Quarzporphyrwerke AG Ködnitz bei Wurzen, weil sie Verbandsfunktionäre von der Arbeitsaufnahme ausschließt. — In Hofenau das Grabmal- und Kunststeingeschäft von Ahilles für Steinmehrer und Bildhauer wegen Maßregelung.
 6. Gau: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pflastersteingruppe).
 11. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind. — In Bremen sämtliche Grabsteingeschäfte wegen Abbruchs der Tarifverhandlungen, wodurch tarifloser Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingeschäft von Franz Starke und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungs-Instituts. — In Bad Odesloe die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommt die Steinseher und Berufsgenossen keinen Lohn). — In Cursbed-Neuengamme die Firma Gustav Janz (Straßenbau), zählt nicht nach Tarif.

Schweiz. In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen erster Differenzen kein Steinmehrer oder Schleifer zureifen.

- Streit:**
1. Gau: In Berlin, die Steinmehrer des Grabmalgewerbes.
 4. Gau: In Erfurt Steinmehrer wegen Tarifdifferenzen.

- Erledigt:**
11. Gau: In Bremen die Einzelsperre gegen die Firma Ederding. Da aber wegen Tarifschwierigkeiten die Grabsteingeschäfte in Bremen unter allen Umständen zu meiden sind, gilt das letztere für alle Bremer Grabsteinfirmen, nur mit Ausnahme der unter „Göpper“ (siehe oben) angeführten 2 Firmen.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Rundschau

Alte Steinbrüche stillgelegt. Die „Liegnitzer Volkszeitung“ berichtet unterm 23. April darüber folgendes:

Im nahen Neudorf a. Gr. wurde vor einigen Tagen der Betrieb der Schleifstein-Steinindustrie, vormals Künzler und Hiller, Sitz Breslau, wegen Mangel an Aufträgen eingestellt. Die genannte Firma war die letzte, die nach dem Kriege in den Sandsteinbrüchen von Neudorf a. Gr. und Hodenau noch in Betrieb war, leider auch schon mit Unterbrechungen; jetzt muß auch sie als ein Opfer des verlorenen Krieges angesehen werden. Der Betrieb hatte außerdem hohe Gesteinskosten, da der Stein aus dem Wasser gehoben werden mußte.

Die hiesigen Steinbrüche waren seit Jahrhunderten die einseitigen gewerblichen Betriebe der ganzen Umgegend, schon vor 400 Jahren war der Sandstein wegen seiner Wetterfestigkeit weit und breit bekannt, so daß er seine Verwendung beim Dombau zu Breslau fand.

Die Blütezeit der Steinbrüche waren die letzten zwei Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, wo die Zahl der Beschäftigten 200 bis 300 betrug. Mit dem Vordringen des Kunststeins kam der Naturstein ins Hintertreffen, weil er teurer und billiger hergestellt wurde. Die Folge war Arbeitslosigkeit. Durch den Krieg ging jede Aussicht verloren, dem Beruf neuen Auftrieb zu verschaffen. Der Verzicht der Arbeiter wie Arbeitgeber, bei den Regierungsstellen Aufträge zu erlangen, scheiterte, weil dazu die Mittel fehlten; geringe Beschäftigung entstand durch Errichtung von Denkmälern der im Kriege Gefallenen.

Mit der Schließung der Sandsteinbetriebe ging auch eine Organisation dahin, die politisch wie gewerkschaftlich musterhaft war. Unter den Steinmeßern, die sich aus dem ganzen Reich, auch vom Ausland, hier einfanden, herrschte eine eiserne Disziplin. Kein Organisierte half einem Unorganisierten ein Werkstück auf- oder abbauen, wenn er sich nicht verpflichtete, die Arbeiterpresse zu lesen und der Gewerkschaft beizutreten. Kein Arbeiter, kein Arbeitgeber war in der Lage, an diesen Grundsätzen irgendwie zu rütteln. Die Steinmeßer waren insbesondere auch die Pioniere der politischen Bewegung, die zurückreicht bis in die Zeit des Sozialistengesetzes. Als im Kreise die politische Bewegung festen Fuß faßte, waren es wieder die Steinarbeiter, die sich sperrwillig ihr angeschlossen. Mit Neid, ja mit Trauer blickten wir zurück auf eine Zeit, wo es nur eine Arbeiterpartei, nur eine sozialistische Bewegung gab, die von einem Geiste getragen wurde, wie wir ihn selten jetzt feststellen können. Der gute Organisationsgeist der Steinarbeiter war es zu verdanken, daß schon 1902 durch Bundesratsverordnung der Ständige Arbeitsrat eingesetzt wurde, zu einer Zeit, wo andere Berufe 10, 11, auch 12 Stunden schufteten mußten.

Schnell läuft die Zeit, unsere Jugend weiß kaum noch etwas von den früheren Kämpfen der Steinarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. An jenen Stellen, wo einst fröhlicher Arbeiter Lied erklang, herrscht Grabesstille, bis eine neue, bessere Zeit emporsteigt wird, die dem Naturstein wieder zu seiner Berechtigung verhilft.

In Deutmannsdorf und Hartliebtsdorf wurden die von der Firma Hofmann & Co. gepachteten Steinbrüche vollständig stillgelegt. Die Steine und vorhandenen Werkzeuge wurden von dem Kaufmann Hugo Kindler zu Hartliebtsdorf erworben. Dieser Verkauf der Betriebseinrichtung der Welfenfirma Hofmann & Co. zeigt uns, daß sie in absehbarer Zeit mit keiner Belebung der Sandsteinindustrie rechnen. In den Kreisen Löwenberg-Bunzlau und Goldberg-Haynau wird kaum ein Dutzend Steinmeßer bei den großen Firmen noch in Beschäftigung sein. Ein großer Industriezweig hat aufgehört zu sein.

Mit der Streikentschädigungsorganisation der Unternehmer, in Firma: „Deutscher Industriefiskusverband, Dresden A, Bürgerwiese 24“, hat nicht nur der Reichsverband der deutschen Steinindustrie mit allen ihm angeschlossenen Unterverbänden ein festes vertragliches Zusammenwirken vereinbart, sondern auch der Reichsverband für das deutsche Steinseß-, Pflasterer- und Straßenbau-gewerbe.

Unsere Verbandsmitglieder müssen das wissen und dementsprechend ihre Taktik einstellen. Sie interessiert gewiß auch, was dieser In-

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

- Am 9. Mai in Halle (Saale) um 17½ Uhr im Volkspark.
- Am 10. Mai in München um 19 Uhr im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.
- Am 11. Mai in Steinau (Odenwald), um 9 Uhr, im „Kronprinzen“.
- Am 18. Mai in Darlehmen um 9 Uhr bei Bernotat.

Lauterode. Der Steinarbeiter Jakob Groß aus Mühlbach a. Gl. hat seine Verpflichtungen in der gemeinschaftlichen Arbeiterkasse vergessen zu erfüllen. Wir bitten, ihn daran energisch zu erinnern.

Merseburg und Schweidnitz zahlt keine Ortsgebühren mehr aus!

Verlorene Mitgliedsausweise: In Pirna das Verbandsbuch Nr. 18 252 für Max Wagner, Hilfsarbeiter. In Rudolfsdorf das Verbandsbuch Nr. 80 719 für Botho Herbsch, Steinseßer.

„Ein guter Tip“

ist die Lösung (eingereicht vom Gewerkschaftler Karl Bergner, Leipzig, Charlottenstr. 21), auf die der erste Preis unseres Filmpreisausschreibens „Tausend Meter Film suchen einen Namen“ fiel.

Die Preise II bis X entfielen in folgender Reihe auf nachstehende Gewerkschaftsmitglieder:

- Franz Schrader, Versbach b. Würzburg, Jahnstr. 116½.
- Franz Hawlizeck, Bremen, Grasberger Str. 67.
- H. Kegelmann, Bochum, Grabenstr. 37.
- Gustav Schreiber, Braunschweig, Döringstr. 1.
- Paul Richter, Gittersee b. Dresden, August-Bebel-Str. 4.
- August Kollin, M.-Gladbach, Brunnenstr. 113.
- Martin Becker, Leipzig C 1, Gemeindestr. 26.
- Adolf Pittroff, München, Auenstr. 80, und Schülerin Agnes Lummer, Essen-Borbeck, Neustr. 116a.

Ein guter Tip

ist der Kauf eines Lindcar-Fahrrades

gegen Wochenraten von 3 M.

Durch unsere Niederlagen und Ortsausschüsse des ADGB, vom Eigenunternehmen der Gewerkschaften

LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

duktriefiskusverband (lies: Streikversicherung der Unternehmer! Red.) über seine wichtigsten Bestimmungen selber schreibt:

„Jeder Betrieb kann selbst beantragen, mit welcher täglichen Maximalentschädigung er im Falle von Streiks gesichert sein will. Von der Höhe dieses Entschädigungssatzes hängt auch die Höhe des Jahresbeitrages ab, so daß jeder Betrieb auch seinen Beitrag selbst den eigenen Verhältnissen anpassen kann.“

Am richtigsten wird der zu beantragenden Tagesmaximalentschädigung die Höhe der im Streikfall weiterlaufenden unproduktiven Geschäftsunkosten zugrunde gelegt, da es wesentlich ist, daß diese in vollem Umfang durch die Entschädigung gedeckt werden und so eine Schwächung des Betriebskapitals vermieden wird.

Die vom vierten Streiftage ab gezahlte tägliche Entschädigung beträgt laut vertraglicher Vereinbarung mit den vorgenannten Reichsverbänden der Steinindustrie und des Steingewerbes 33¼ Prozent des vereinbarten Jahresbeitrages. Wünsch also ein Betrieb im Streikfall eine tägliche Maximalentschädigung von z. B. 100 Mark zu erhalten, so beträgt der auf Grund dieser Vereinbarung zu zahlende Beitrag 300 Mark jährlich, wozu für neu beitretende Mitglieder einmalig ein jahungsmäßiges Eintrittsgeld in Höhe von 50 Prozent des ersten Jahresbeitrages tritt.

Auf die vereinbarte Tagesmaximalentschädigung, die für die ganze Zeit des Arbeitskampfes unabhängig von dessen Dauer gewährt wird, werden auf Antrag schon während des Streiks laufend Vorschüsse und Teilzahlungen geleistet, um die Mitglieder zu stützen und ihnen selbst bei langdauernden Konflikten ein siegreiches Durchhalten zu ermöglichen.“

Die Schlussfolgerungen für Steinarbeiter und Steinseßer ergeben sich daraus von selbst: Stärkung des Zentralverbandes der Steinarbeiter!

Langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit. In der Zeit vom 16. bis zum 31. März ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenfürsorge von 2 257 713 auf 2 053 387 oder um 204 326 zurück. Die Abnahme im Monat März betrug 325 000 gegenüber 560 000 im gleichen Monat des Vorjahres. In der Krisenunterstützung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Berichtszeit von 286 000 auf 294 000. Ende März waren also insgesamt 2 347 077 unterstützte Arbeitslose vorhanden. Die Zahl ist um 256 000 höher als im Vorjahr. Die geringe Entlastung des Arbeitslosensmarktes ging fast ausschließlich von den Saisonberufen aus. Doch geht es im Baugewerbe nur sehr zögernd vorwärts.

Deutschlands Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die deutsche Ausfuhr von Industrieprodukten hat sich günstig entwickelt. Auch im Vergleich zu den beiden Hauptkonkurrenten Großbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika. Die deutsche Verbrauchsgüterausfuhr z. B. ist von 1928 auf 1929 um 320 Millionen Mark gleich 8 v. H. gestiegen. Dagegen stieg dieselbe in USA, um 6 v. H., während die englische Verbrauchsgüterausfuhr sogar um 4 v. H. zurückging. Wie sich die Ausfuhr in Produktionsgütern und Verbrauchsgütern entwickelte, wird durch nachstehende Tabelle verständlich gemacht:

Jahr	Produktionsgüterausfuhr (in Milliarden Mark)			Verbrauchsgüterausfuhr (in Milliarden Mark)		
	Deutschland	Großbritannien	Ver. St. v. Amerika	Deutschland	Großbritannien	Ver. St. v. Amerika
1913	5,2	4,2	3,2	4,9	8,1	1,7
1927	4,0	4,0	5,5	3,7	7,2	2,2
1928	4,6	4,1	6,4	4,1	7,3	2,4
1929	5,4	4,2	7,3	4,4	7,0	2,5

In vorstehender Tabelle, die vom Konjunkturinstitut berechnet wurde, sind die Preisveränderungen gegenüber der Vorkriegszeit durch Erhöhung der Werte von 1913 um 50 n. H. annähernd ausgeglichen. Deutschland hat also seinen alten Stand beinahe wieder erreicht. Als einziges Land hat USA, die Vorkriegsausfuhr wesentlich überschritten. Es wird allerhand Anstrengungen seitens Deutschlands und Englands bedürfen, um gegenüber den USA, nicht noch weiter zurückzugehen.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen? Prämiensfreie Versicherung, Rückkauf. Im Gegenzug zu den meisten anderen Gesellschaften, die bedingungsgemäß die Möglichkeit der Umwandlung in eine prämiensfreie Versicherung erst nach Jahren vorzusehen, läßt die Volksfürsorge die Umwandlung von Volksversicherungen in prämiensfreie Versicherungen bereits im ersten Versicherungsjahre zu. Die Versicherungssumme dieser prämiensfreien Police bemißt sich nach den von dem Versicherungsnehmer eingezahlten Prämien und kommt unter denselben Voraussetzungen zur Auszahlung wie bei der ursprünglich beantragten Versicherungssumme (vergleiche § 6 der Volksversicherungsbedingungen).

Auch in der Lebensversicherung sind die Bedingungen der Volksfürsorge zur Vermeidung eines vorzeitigen Verfalls einer Versicherung günstiger als bei den anderen Gesellschaften: Die Umwandlung wird überhaupt nicht von dem Ablauf einer bestimmten Frist abhängig gemacht, sondern von der Prämienleistung, die in der Regel schon im zweiten Versicherungsjahr erfüllt ist (vergleiche § 4 der Lebensversicherungsbedingungen).

In derselben vorteilhaften Weise unterscheiden sich auch die Bestimmungen über das Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers bei der Volksfürsorge und den anderen Gesellschaften. Bei einer solchen einseitigen Aufhebung des Vertrages läßt sich allerdings ein mehr oder minder erheblicher Verlust für den Versicherten nicht vermeiden, da die Gesellschaft selbstredend nicht die in den Tarifprämien enthaltenen und bei Stellung des Antrages auf Rückkauf verbrauchten Aufschläge für Verwaltungskosten sowie die Risikoanteile zurückgewähren kann. Während aber bei den anderen Gesellschaften ein Rückkaufsrecht erst nach dreijährigem Bestehen der Versicherung geltend gemacht werden kann, ist der Versicherungsnehmer bei der Volksfürsorge — soweit die Volksversicherung in Betracht kommt — berechtigt, schon zum Schluß des ersten Versicherungsjahres zu kündigen.

Die Kündigung einer Lebensversicherung ist zum Schluß eines jeden Quartals zulässig.

Es muß aber in Rücksicht auf die oben begründeten unvermeidbaren Verluste vor einem Rückkauf nachdrücklich gewarnt werden.

Allgemeine Steuer auf Rundfunkempfangsanlagen für ungeschützt erklärt. Auf die im Benehmen mit der Reichs-Rundfunkgesellschaft gegen die Stadtgemeinde Radeberg (Sa.) wegen der von dieser eingeführten allgemeinen Steuer auf Rundfunkempfangsanlagen anhängigen Verfahren hat, wie bekannt wird, das Sächsische Obergericht in Dresden entschieden, daß die fragliche Steuer, gleichgültig, ob sie als Aufwands- oder Instrumentensteuer bezeichnet werde, ungeschützt sei und demgemäß die Steuer aufgehoben. Sie verstoße gegen die Bestimmungen über die Vermögenssteuer vom 12. Juni 1926.

Die vermigten Kriegsgefangenen. Noch immer war es nicht möglich, Aufklärung über die hohe Zahl von 43 251 Restfällen zu schaffen, in denen ein Nachweis über den Verbleib deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nicht geführt werden konnte. In Rußland sind noch 51 213 deutsche Kriegsgefangene vermigt. Die Zahl aller unangeklärten Restfälle beträgt nach der amtlichen Statistik 97 385. Ein erheblicher Teil der in dieser Summe enthaltenen Gefangenen wird auf dem Transport, in den Lagern und auf Wanderungen gestorben sein. Die in den russischen Lagern verbreiteten Seuchen werden ebenfalls eine Menge unkontrollierter Opfer gefordert haben. Auch grobe Unrichtigkeiten in Gefangenenslisten und die in Rußland besonders ungeordnete Listenführung werden eine große Rolle bei dem Zustandekommen der hohen Summe vermigter Kriegsgefangener spielen. Eine zwangsweise Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich oder Rußland ist jedoch, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, bisher nicht festgestellt worden.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Folgende Zahlstellen haben bis Dienstag, den 6. Mai 1930, die Abrechnung des 1. Quartals 1930 noch nicht eingeleistet:

1. Gau: Königsberg, Wangerin, Zielentzig.
2. Gau: Landeck, Dittmarchau.
3. Gau: Scheibenberg.
4. Gau: Apolda, Arnstadt, Jmenau, Schmiedefeld, Schöningen, Seehausen.
5. Gau: Buer, Weßel, Westerhausen (Siegfr.), Weßhofen.
6. Gau: Abersweifer, Rosenbach, Verdungen, Döhlen, Eberbach, Lörrach, Schwarzerden.
7. Gau: Amberg, Hochwegen.
8. Gau: Odersleben, Reichenhausen.
9. Gau: Birkenbach, Geinow, Homberg-Westerw., Lauter-Hessen, Pöhlberg, Vollar, Kirn, Kobenbach, Roth-Dillkr., Steinau-Schlüchtern, Weismünster, Weitefeld.
10. Gau: Osterode.
11. Gau: Delmenhorst, Horstmar, Ibbenbüren, Stade, Uelzen.

Adressenänderungen

1. Gau: Tilsit, Vorj.: Franz Redert, Sudermannstraße 3. Kass.: E. Kawandt, Bismardstraße 16. — Zielentzig, Kass.: Albert Bohle, Vessingstraße.
2. Gau: Jülichau, Kass.: Richard Graf, Langestraße 3. — Grauhof (Schl.), Vorj.: Paul Wilczkowiak, Goethestraße 4. Kass.: Franz Schwarzer, Goethestraße 4. — Hindenburg, Vorj. u. Kass.: Jos. Daniel, Hindenburg-Zabarge II, Winklerstraße 7.
4. Gau: Osterburg, Vorj.: Otto Gesper, Meiseberg, Kr. Osterburg.
8. Gau: Faulbach, Vorj.: Oskar Dümig.

Neue Bücher und Zeitschriften

Die glücklichen Inseln. Die stattliche Buchreihe der J. & W. G. Langens-Bücherei, die für die Mitglieder der Böhmerische Gutenberg, in Leinen Preis 3 Mark, ist jedoch um ein neues Werk bereichert worden. Als dreizehnter Band ist die Novellenammlung „Die glücklichen Inseln“ erschienen. Sie enthält die Novellen aus der hawaiischen Inselwelt, abermals eine unerschöpfliche Phantasie und nie verlassende Gestaltungskraft. In ihrer Gesamtheit ergeben diese Novellen ein großes Bild vom Leben auf den viel beglückten Inseln von Hawaii. Das Leben zeigt nicht nur das paradiesische Dasein der Eingeborenen, denen eine liebevolle Natur die reifste Befriedigung aller Bedürfnisse gewährt, es zeigt auch, wie die weiße Zivilisation in diese Welt eindringt, die Ausbeutung an die Stelle paradiesischer Annehmlichkeit setzt und mit dem Evangelium die mörderischen Kräfte fremder Kontinente einschleppt. Bald werden diese Geschichten das einzige sein, was von dem glücklichen Leben auf Hawaii übrig ist.

Anzeigen

Je 3 erstklassige Steinhauer und Granitschleifer gesucht. Reichslohn und Ortszulage. Granit- & Diabaswerke P. Burger, Ing. Baumholder (R.-Bez. Trier)

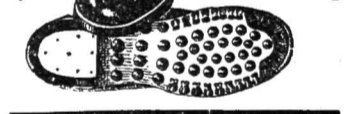
Tüchtiger Handschleifer auf schwarz-schwed. Granit für sofortigen Eintritt gesucht. Dauerstellung. Briefliches Angebot an Süddeutsche Steinindustrie Frießinger & Metzger Hemigkofen-Nonnenbach am Bodensee

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 32

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., Maurersocken 1.20 Mk.

Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.—, II 15.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeit. Steinbruchsuh. 14.75 Reelle Bielefelder. Hochw. Qualität. Verlangen Sie Preisliste Herm. Webers Berufsschuhwerk Bad Godesberg



Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Hämelchenburg am 14. April der Brecher Friedr. Hamann, 47 Jahre alt, Knochenhautentzündung, 34 Wochen krank.

In Weissenstadt am 16. April der Granitsteinmetz Andreas Goller, 49 Jahre alt, 2 Jahre Blasenleiden.

In Hohenlauben am 16. April der Brecher Joseph Schreck, tödlicher Betriebsunfall.

In Würzburg am 17. April der Sandsteinmetz Michael Röder, 55 Jahre alt, 1¼ Jahr Asthma; am 19. April der Sandsteinmetz Joseph Döllrin, 52 Jahre alt, Venenentzündung, 1½ Jahr krank; am 24. April der Steinsetzer Sebastian Hupp, 64 Jahre alt, ½ Jahr krank, Magenkrebs.

In Rostock am 19. April der Hilfsarbeiter Theodor Gehls, 70 Jahre alt, 7 Wochen magenkrank.

In Waren am 20. April der Steinschläger Wilh. Muchow, 62 Jahre alt, 18 Wochen krank, Nervenlähmung.

In Löbau am 20. April der Schleifer Oswald Jakob, 45 Jahre alt, 1 Jahr lungenkrank; am 24. April der Granitsteinmetz Bernhard Kofler, 20 Jahre alt, Freitag.

In Stettin am 24. April der Hilfsarbeiter Gustav Weiker, 35 Jahre alt, 1½ Jahr lungenkrank.

In Wildschütz am 25. April der Brecher Emil Persdorf, 63 Jahre alt, Altersschwäche.

In Altenhain am 26. April der Brecher Herm. Keilitz, 58 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall.

In Seußen am 26. April der Hilfsarbeiter Karl Bruckner, 24 Jahre alt, tödlicher Motorradunfall.

In Arnsdorf, O.-L., am 27. April der Pflastersteinmacher Gustav Lehmann, 63 Jahre alt, Freitag.

In Uelzen am 27. April der Steinsetzer Ignaz Sgmiewski, 31 Jahre alt, Lungen- und Gehirnentzündung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der soziale Gedanke im alten Handwerk

Ein neues Buch von Wissell, das diesen Titel trägt und beim Verlag Neimar Hobbing in Berlin erschienen ist, wurde im Rundfunk durch Alexander Knoll wie folgt besprochen:

Der alte Ben Alfiba hat doch immer wieder recht: „Alles schon dagewesen!“ — Da bilden wir uns ein, und tun uns sogar etwas darauf zugute, daß wir im Zeitalter der sozialen Reform leben und wir es sind, die den sozialen Gedanken erfunden haben. Und nun kommt einer her und beweist uns, daß das gar nicht wahr ist; daß der soziale Gedanke schon vor mehr als einem halben Jahrtausend lebendig gewesen ist und gewirkt hat, und daß wir in dieser Hinsicht nur auf den Fundamenten weiterbauen, die schon im Mittelalter, vor 600 Jahren, möglicherweise noch früher, gelegt worden sind.

Es ist interessant, wie Wissell dazu gekommen ist, das zur Besprechung stehende, wie auch das schon angebotene Werk zu schreiben. Hierbei möchte ich im voraus bemerken, daß es sich nicht, wie es vielleicht den Anschein erwecken könnte, sozusagen um ein Aufstöbern alter, verstaubter Paragraphen handelt. Denn, obwohl uns Wissell Zustände einer längst entschwundenen Zeit, einer untergegangenen Wirtschaftsepoch schildert, ist sein Buch doch durchaus aktuell. Es regt zum Nachdenken und zu Vergleichen an, und das ist wohl das Beste, was man von einem Buche dieser Art sagen kann.

Also, ich möchte erzählen, wie Wissell dazu gekommen ist, dieses Buch zu schreiben. Ich weiß das von ihm selbst, da wir beide den gleichen Himmel haben und uns auch oft genug über unsere Arbeiten unterhalten haben.

Ursprünglich war es nur die Romantik des Zunftgeisteslebens und damit verbunden eine große Liebe für handwerkliches Schaffen, die den Verfasser lockte, diese verschwundene Zeit im Buche wieder lebendig werden zu lassen. Dazu gesellte sich wirtschaftsgeschichtlicher Forschungsdrang. Man wird sich vielleicht noch daran erinnern, daß Wissell es gewesen ist, der nach dem Zusammenbruch den Gedanken der „Planwirtschaft“ in die öffentliche Diskussion geworfen hat; ein Gedanke, der noch längst nicht abgetan ist.

Das Resultat von Wissells jahrzehntelanger Studien- und Forschungsarbeit war das im vorigen Jahre erschienene zweibändige Standardwerk: „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit.“

Wissell aber ist nicht nur ein Freund des alten Handwerks, nicht nur Wissenschaftler — er ist auch Sozialpolitiker, das sogar in erster Linie. Es war daher eigentlich selbstverständlich, daß sich ihm bei seinem Forschen auch der soziale Gedankeninhalt offenbarte, der in fast allen diesen Zunftbriefen noch heute lebendig ist. Wenn wir davon bisher so wenig oder eigentlich gar nichts gewußt haben, so liegt das hauptsächlich wohl daran, daß wir es hier nicht mit Ausflüssen einer Reichsgeschreibung zu tun haben, sondern daß es sich um Maßnahmen zum meist örtlichen Charakter handelte. Freilich sorgte die rege Verbindung unter den Zünften dafür, daß das, was an einem Orte Rechtens war, es auch an allen anderen Orten wurde. Vielfach trat auch Gewohnheitsrecht an die Stelle geschriebenen Rechtes.

Natürlich darf man, wenn man vom sozialen Gedanken im alten Handwerk spricht, dabei nicht mit den heutigen Maßstäben messen, sondern muß alles, was an sozialem Wesen und Wirken vorhanden war, in Beziehung setzen zum damaligen Gesellschafts- und Wirtschaftsleben. Wenn man aber diesen Maßstab anlegt, dann schneidet das alte Handwerk in sozialpolitischer Hinsicht nicht schlecht ab; es kann sich, wie man zu sagen pflegt, damit sehen lassen. Es ist das besondere Verdienst der Wissellschen Arbeit, uns das klar und deutlich nachgewiesen zu haben und uns somit das alte Handwerk von einer uns bisher ziemlich unbekannt gewesenen Seite zu zeigen.

Natürlich sind die Motive für das damalige soziale Wirken, zum Teil wenigstens, andere gewesen, als das bei der heutigen sozialen Gesetzgebung der Fall ist. Die Wirkung aber war dieselbe — und darauf kommt es an.

Am ausgedehntesten und am besten ausgebaut war die Krankenfürsorge. Das hat seinen Grund darin, daß diesen Zweig der sozialen Fürsorge die Zünfte von den früheren religiösen Bruderschaften übernommen hatten. Es handelte sich hier also um eine ausgesprochene karitative Einrichtung, die aber mit der Zeit so allgemein geworden war, daß sie vollkommen sozialen Charakter gewann.

Anderen Quellen und Motiven entsprungen waren zweifellos die ebenfalls sehr zahlreichen Bestimmungen über die Lohnfestsetzung allgemein, Bestimmungen über rechtzeitige Lohnzahlung, Bevorzugung von Lohnforderungen, Truerverbot u. a. Alle diese Bestimmungen atmen durchaus den Charakter kollektiven Arbeitsrechts. Also auch das ist keine Erfindung der Neuzeit.

Bei ihrer Festsetzung waren zweifellos wirtschaftspolitische Beweggründe bestimmend. Oder sagen wir ganz deutlich: Unternehmerinteressen. An einzelnen Stellen ist das sogar ganz unverhüllt ausgesprochen: „Es sollte der reiche Meister nicht besser daran sein als der ärmste!“ — Und deshalb halfte man allen die gleichen sozialen Verpflichtungen auf. Man ist also damals allenhalben der Ueberzeugung gewesen, daß die „sozialen Lasten“ kein Hemmnis für die Wirtschaft waren. Wobei man sich noch die Tatsache vor Augen halten muß, daß der Unternehmergewinn, damals nannte man es Meistergeld, für den Tag nur noch wenigen Pfennigen zählte. Natürlich muß man dabei auch die Kaufkraft des Geldes in Rechnung stellen. Aber reiche Leute im heutigen Sinne gab es im alten Handwerk so gut wie gar nicht.

Ein etwas wunder Punkt, nach unserer heutigen Auffassung, war die Dauer der täglichen Arbeitszeit. Aber in Wirklichkeit war das nicht ganz so arg. Erstlich waren die Pausen ziemlich sehr reichlich bemessen. Zweitens liegen genug Zeugnisse dafür vor, daß das Tempo der Arbeit ein sehr gemüthliches war, Rationalisierung war nicht nur ein unbekannter Begriff, sondern wäre nach der ganzen Wirtschaftsverfassung nicht einmal geduldet worden. Endlich war die Zahl der gesetzlichen Feiertage nahezu ebenso groß wie die der gewöhnlichen Sonntage. Was etwa noch fehlte, wurde durch den „guten“ oder „blauen Montag“ ergänzt.

An sonstigen sozialen Einrichtungen seien angeführt die Bestimmungen über Kontraktbuch, die es wohl in allen Zunftordnungen gab und die sowohl Meister wie Gesellen schützten. Ferner gab es vielfach Verbote der Nacht- und Sonntagsarbeit. Es fehlte hier und da sogar nicht an einer gewissen Fürsorge für Arbeitslose. Den größten Schutz gegen Arbeitslosigkeit gewährten jedoch die fast immer sehr langfristigen Dienstverträge (Gesellen und Lehrlinge gehörten zum Gesinde des Meisters). Selbst an Bestimmungen über Schlichtungsweisen hat es nicht gefehlt, die allerdings meiner Auffassung nach rein obrigkeitlicher Natur waren.

Ein sehr starker sozialer Zug befandete sich in der Versorgung der Meisterwitwen und -töchter, der sich allerdings mit der Zeit zu einer unsozialen Stellungnahme gegen die Gesellschaft aus-

wuchs und zur späteren Proletarisierung derselben nicht unwesentlich beigetragen hat.

Auch in anderer Hinsicht noch ist das Buch Wissells lehrreich. Es gibt unter den Gegnern der modernen Sozialpolitik Leute — sie sind nicht sehr zahlreich, aber sie sind doch da — die meinen, daß manche der heutigen sozialpolitischen Einrichtungen und Gesetze überflüssig würden, wenn es gelänge, den patriarchalischen Gedanken in irgendeiner neuen Form wieder zu beleben. Man spricht von „Wertgemeinschaft“ und ähnlichen Dingen. Gerade das Buch Wissells führt uns den Nachweis, daß selbst in einer Gesellschaft, die ganz und gar auf dem Prinzip des patriarchalischen Gedankens aufgebaut war, dieses Prinzip allein nicht genügte, um dem einzelnen seine sozialen Rechte zu sichern, sondern daß es dazu kollektiver Rechtsnormen bedurfte.

Natürlich gab es im alten Handwerk auch soziale Schattenseiten, besonders hinsichtlich der verheirateten Gesellen. Näheres darüber muß man bei Wissell selbst nachlesen. In seinem Buche ist auch sonst noch mancherlei zu finden, was uns als Menschen der Wirtschaft und Glieder unserer Gesellschaftsklasse interessiert und angeht; namentlich aber der Gewerkschaftstheoretiker und -praktiker, ebenso auch der Sozialpolitiker, wird darin vieles finden, was ihm neu und wissenswert erscheinen dürfte. Allerdings ist zum Verständnis des größten Teiles der angeführten Originalzitate eine gewisse Kenntnis der älteren deutschen Mundarten vonnöten. Durch eine Uebersetzung derselben in modernes Hochdeutsch hätte das Buch zweifellos noch gewonnen.

Werbetrommel

Steht auf, jetzt ist es Zeit!
Zur Treu und Einigkeit!
Gewerkschaft heißt: Nicht klagen,
weit eher: Alles wagen
und Alles zu gewinnen,
breit strebend mit hellen Sinnen!
Pfleget deshalb die Gewerkschaft!
allerorts an diesem Werk schafft!
die Bruderliebe pflegt,
Einigkeit nährt und hegt,
Dann seid ihr bald befreit;
winkt zu euch hilfsbereit
euch noch Meidende, bisher verführt,
bald sind bei euch, wie sich's gebührt!
die Werbetrommel deshalb rührt,
bessere Zukunft haben wir erkürt!
Zeit ist drängend, zögert nicht!
Vorwärts, bis die Kette bricht,
tatbereit in Einigkeit!

Taofs.

Frankreichs Arbeitermangel

Von Walter Pitt, Berlin.

Die Widersprüche im kapitalistischen System sind groß und erschreckend. In allen Ländern herrscht seit dem unglücklichen Kriege eine Arbeitslosigkeit, die nie ihresgleichen hatte und deren Ende nicht abzusehen ist. Nur Frankreich macht eine Ausnahme! Es hat zwar nach den öffentlichen Berichten auch Arbeitslose, aber deren Anzahl ist im Vergleich zu anderen Ländern geradezu lächerlich klein zu nennen. Aus diesen Berichten ist zu entnehmen, daß 85 Departements nur drei Arbeitslosenziffern aufweisen. Daselbe bei den Gemeinden: nur 16 von ungefähr 40 000 haben eine Erwerbslosenfürsorge eingerichtet. In der Berichtszeit wurden in Frankreich nur 271 Männer und 91 Frauen als arbeitslos eingetragene, das ist bei einer Bevölkerung von 40 Millionen doch sehr wenig. Selbstverständlich wird die tatsächliche Zahl größer sein, aber dadurch, daß diese Arbeitslosen es nicht für nötig halten, sich zu melden, ist ersichtlich, daß sie sofort Arbeit finden würden, wenn sie wollten.

Ja, Frankreich führt sogar Jahr für Jahr eine große Menge ausländischer Arbeitskräfte ein. Das Hauptkontingent stellen die östlichen Länder: Polen, Ostschlesien, Tschechoslowakei und seit einem Jahr auch Deutsch-Österreich. Deutschland ist ebenfalls durch die Sachlieferungen wie z. B. Brücken, Tunnel und aufzumontierende Maschinen vertreten, aber nur in verschwindendem Maße.

Bei den Österreichern ist aber eine starke Rückwanderung zu bemerken, weshalb angenommen werden darf, daß sie sich in Frankreich nicht wohl fühlen. Vielleicht ist es damit zu erklären, daß der Lohn für doppelten Haushalt nicht ausreicht, außerdem ist die Verständigung und die Erlernung der französischen Sprache nicht ganz einfach. Nur die ledigen Arbeiter bleiben anscheinend gern und fühlen sich wohl. Nach neueren Berichten gibt es jetzt in Frankreich 2 1/2 Millionen Ausländer. Dabei sind die nicht mitgezählt, die sich im Laufe der Zeit schon naturalisieren ließen. Den größten Haufen stellen dabei die Italiener mit 479 000 oder 29,7 Prozent. Dann folgen die Belgier (15,6 Prozent), die Polen 14,4 Prozent, die Spanier (12,4 Prozent), die Schweizer (5,4 Prozent), die Russen (4 Prozent) und die Deutschen mit 2,1 Prozent. Viel weniger sind die Portugiesen, Armenier, Griechen, Araber usw. In Industrie und Landwirtschaft sind 1 614 000 von der oben erwähnten Zahl beschäftigt, 20,2 Prozent im Bauergewerbe, 16,4 Prozent in der Metallindustrie und 10,6 Prozent im Bergbau. Der Rest verteilt sich in geringen Prozentsätzen auf alle anderen Zweige.

Diese vielen fremden Arbeitskräfte bringen es mit sich, daß unter der heutigen Arbeiterchaft ein großes Völkergemisch besteht. In einem Betrieb sind mitunter 15 Nationalitäten vertreten, dasselbe Gemisch besteht hinsichtlich der Anschauungen, man kann Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten und Syndikalisten finden. Im Bericht ist ein Werk in Tamaris erwähnt, in dem die ausländische Belegschaft 55 Prozent der gesamten ausmacht.

Dieses Gemisch in jeder Beziehung bringt für die Gewerkschaften fast unüberwindliche Aufgaben! Wir wissen ja, wie schwer es ist, gleichsprachliche Leute unter einen Hut zu bringen. Hierzu kommt, daß die eingewanderten Arbeiter im Vergleich zu ihrem Heimatlande noch gut entlohnt werden und überhaupt Frankreich als Paradies ansehen. Sie erkennen deshalb nicht die Notwendigkeit der Gewerkschaften und streuen sich gegen Zusammenschlüsse. Die Unternehmer nützen die günstige Lage aus und spielen die verschiedenen Landsmannschaften, die politischen Gegenseite und die Unterschiedlichkeit der Lebenshaltung gegeneinander aus. Außerdem kommt natürlich noch hinzu, daß jeder fremde Arbeiter sofort einen anderen Arbeit-

geber findet, wenn er vom alten gedrückt und übervorteilt wird. Das also, was bei uns zum festen Zusammenschluß führt, die Solidarität, gibt es hier nicht.

Von der Größe des Arbeitermangels kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß die öffentlichen Arbeitsstellen mit einem festen Gehalt und Pension nicht voll besetzt sind und daß freie Stellen nicht besetzt werden können, trotz verlockender Angebote. Um die jährlich freierwerdenden Poststellen zu besetzen, war eine große Propaganda nötig, um genügend junge Leute zum Dienstantritt zu bewegen. Die Straßenbahnen wollen wieder Frauen einstellen, weil sie nicht genug Straßenbahnfahrpersonal finden können. Die Wohnungsnappheit, die trotz allem auch in Frankreich herrscht, soll nunmehr durch ein großzügiges Wohnungsbauprogramm beseitigt werden. Aber es scheint so, daß die Ausführung am Mangel an genügenden Bauarbeitern scheitern wird. Maurer und Zimmerer fehlen überhaupt sehr stark. In den Arbeitsnachweisen gibt es eine große Menge offener Stellen jeder Zeit zu besetzen. Man führt diesen Umstand übrigens für eine gute „Prosperität“ an. Für uns allerdings hört sich ein solcher Bericht wie ein Traum an. Man glaubt es kaum und möchte noch heute sein Bündel schnüren und nach Frankreich abdampfen.

Diese Verhältnisse haben eine Abwanderung der heimatischen Arbeiter sowohl in andere Gegenden mit besseren Arbeitsbedingungen veranlaßt, also auch eine Abwanderung in besser bezahlte Berufe. So wandern vor allem die Bauarbeiter aus der Provinz nach Paris und in andere große Städte. Die Kohlengrubenarbeiter verlassen ihre Arbeitsstellen, um in weniger anstrengendere und gesundheitschädliche Berufe zu gelangen, auch sie wandern in größere Städte, um Straßenbahnschaffner oder etwas Ähnliches zu werden. Diese Wanderung erstreckt sich nicht nur auf die jungen Arbeiter, sondern auch Arbeiter in mittleren Jahren, nachdem sie zwanzig Jahre und mehr unter Tage gearbeitet haben, verlassen die Bergwerke.

Die fremden Arbeiter rücken an ihre Stelle. Man muß überhaupt feststellen, daß die Ausländer zunächst Verwendung finden in Berufen, die weniger gesucht sind. So finden wir eine große Anzahl in den Gruben des Nordens und Südens. Der Kohlenindustrie soll es im Winter schwer gemein sein, den Kohlenbedarf Frankreichs zu decken, weil genügend geschulte Arbeitskräfte fehlen. Als Folge hiervon steigerte sich die Einfuhr englischer Kohle.

Ob es sich für deutsche Arbeiter lohnt, in Frankreich einzuwandern, ist sehr schwer zu sagen. Es hängt vor allem von der Anpassungsmöglichkeit des Einzelnen ab.

Die Arbeiterbank setzt ihren stürmischen Aufstieg fort

Trotz allem Vertrauen in die gute Sache hätte wohl niemand eine so gute Entwicklung der Arbeiterbank vorausgesehen. Eine 18fache Steigerung der Einlagen, eine 16fache Steigerung des Umsatzes und eine 15fache Steigerung des Reingewinns von 1924 bis 1929, das wäre selbst über den Horizont des kühnsten Optimisten hinausgegangen. Und doch ist eine solche Entwicklung eingetreten. Noch dazu in einer Zeit, wo selbst die Großbanken über die ungünstigsten Verhältnisse zu klagen hatten. Hat man bei der Gründung der Arbeiterbank über den kühnen Versuch gelacht, so ist jetzt das Lachen verstummt und neidisch blickt man auf die junge Schwester in der Berliner Wallstraße, die vorläufig noch gar nicht daran denkt, mit dem gesunden Aufstieg Schluss zu machen. So bedeutungsvoll auch die Macht der Großbanken im Wirtschaftsleben sein mag, die geballte Sparrkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Verbindung mit den Geldern der Gewerkschaften, der Baugenossenschaften, der sonstigen Betriebe der Arbeiterschaft und der gemeinnützigen Institutionen sind doch ein Kraftzentrum, das zur Entlastung zu bringen die Arbeiterbank erfolgreich unternommen hat.

Vom Zahlenwerk aus dem Geschäftsbericht kurz folgendes (die Vorjahresziffern in Klammern): Aktienkapital 12 (12) Mill. Mk., (117) Mill. Mk., gewährte Kredite 95 (62) Mill. Mk., Wertpapiere 13 (12) Mill. Mk., Kasse und Guthaben bei Banken 60 (52) Mill. Mk., Gesamtumlauf 2787 (2036) Mill. Mk. Soviel über die finanzielle Entwicklung. Die Gewinn und Verlustrechnung bietet die gleichen Fortschritte, wie nachstehende Angaben zeigen: Einnahmen 4,5 (2,8) Mill. Mk., Unkosten und Steuern 2,4 (1,8) Mill. Mk., Reingewinn 2,1 (1,1) Mill. Mk. An Dividende wurden wiederum 10 v. H. des Aktienkapitals, mithin 1,2 Mill. Mk., ausgeschüttet. Aktionäre der Bank sind in der Hauptsache die Gewerkschaften.

Vorstehende Zahlen sprechen für sich selbst. Sie übertreffen die früherer Geschäftsjahre ganz wesentlich. Erfreulich ist die Zunahme der Spargelder, wenn auch eine Verlangsamung eingetreten ist. Die Filialen der Bank haben sich günstig entwickelt, einen besonderen Aufschwung nahm die Filiale Bochum. Die Beteiligungen der Arbeiterbank zeigen ebenfalls eine günstige Entwicklung. Zu erwähnen ist vor allem die Hannoverische Bodenreditbank in Hildesheim, die in wachsendem Maße Kredite vermitteln und namentlich dem Kleinwohnungsbau finanzielle Hilfe gewähren konnte. Die kreditmäßig verwendeten Gelder der Bank fanden folgende Verteilung: öffentlich-rechtliche Institutionen 56,60 Prozent, Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft 39,33 Prozent und sonstige Kreditnehmer 4,07 Prozent. Mit Hilfe der Zwischenkredite der Arbeiterbank wurden im verfloffenen Jahre 10 117 Wohnungen gebaut. Die Kredite der Arbeiterbank fließen also entweder der öffentlichen Wirtschaft, den eigenen Institutionen oder dem Wohnungsbau zu. Schon allein diese Tatsache müßte die Hand- und Kopfarbeiter veranlassen, ihr Geld der Arbeiterbank zur Verfügung zu stellen.

Im allgemeinen Teil des Geschäftsberichts wendet sich die Geschäftsleitung der Arbeiterbank gegen den Wirtschaftspessimismus, der so verheerende Folgen gezeitigt hat. Kritisiert wird ferner die ungewöhnliche Haltung der Beratungskommission für Auslandsanleihen. Die Stodung der Kapitalzufuhr hätte nicht so große Folgen angenommen, wenn die künstlichen Hemmnisse nicht gewesen wären. Ueber das Problem Rationalisierung und Preisgestaltung wird im Geschäftsbericht u. a. folgendes ausgeführt: „Volkswirtschaftlich bedauerlich ist es, daß diese Rationalisierung sich keineswegs in einer entsprechenden Senkung der Preise ausgedrückt hat. Die Preisentwicklung zeigt vielmehr, daß lediglich dort, wo eine Durchorganisierung der Wirtschaftszweige nicht erfolgt ist, also vor allem in den Verbrauchsgüterindustrien, die Preise sich dem Konjunkturverlauf angepaßt haben, während bei den organisierten Wirtschaftszweigen die einer Gesamtregelung unterworfenen Preise dauernd im Anstieg sind.“

Wie auch die Verhältnisse sich entwickeln mögen: die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. wird ihren Aufstieg auch in der Zukunft fortsetzen. Die Arbeiterschaft hat sich in diesem Institut einen Machtfaktor von überragender Bedeutung geschaffen. Inmitten des wogenden Meeres der kapitalistischen Profitwirtschaft ist sie die ruhige Insel der Gemeinwirtschaft des arbeitenden Volkes. Neben der Finanzkraft und der Wirtschaftsgeltung der Konsumgenossenschaften ist sie eine Großmacht ersten Ranges. Deshalb alle Gelder der Arbeiterbank!

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

„Dilettanten“

Eine kulturgeschichtliche Betrachtung von Rolf C. Reiner.

Je höher die Mauern werden, die der akademische Fachmann durch seine immer enger werdende zehrende Spezialdisziplin errichtet, um den verächtlich Dilettanten genannten, Talenten die praktische Mitarbeit an der wissenschaftlichen Weiterentwicklung unmöglich zu machen, desto größer wird automatisch die Unterschätzung des gesunden Menschenverstandes bei den Fachleuten, die Hand in Hand geht mit einer unerschütterlichen Überwertung der rein handwerksmäßigen Routine. Deshalb ist es nicht unangebracht, den Nachweis zu erbringen, daß die Wissenschaften aller Disziplinen nicht ihren Fachleuten, sondern gerade den immer über die Achseln angeesehenen Dilettanten die allergrößten Erfindungen, beziehungsweise Entdeckungen zu danken haben.

Es ist selbstverständlich, daß jede Spezialisierung zu einer starken Vertiefung in die ja verhältnismäßig kleine Materie des Forschungsgebietes führt, daß sie die Möglichkeit zu tiefstehenden Arbeiten gibt; aber ebenso feststehend, daß zwangsläufig der Horizont durch eine derartige Begrenzung enger gezogen wird. Das Genie aber verlangt den weiten uneingeschränkten Horizont, die Ueberblick und die Gesamtheit der Probleme, um ein entsprechend großes Gebiet durch die Flugkraft des unübertrefflichen Geistes überwinden zu können. Je höher also die Hindernisse sind, die die Universitäten diesen genialen Dilettanten in den Weg legen, desto geringer wird die Zahl derer, die unbeschwert von Formeln, Theorien und Antithesen, von Examina und Vorlesungen ihre ganze unverbrauchte Kraft in den Dienst der Wissenschaft, die ja Allgemeingut ist, stellen können. Nicht jedem ist es vergönnt, seinen Interessen folgen zu können, nicht jedem möglich, die Vorbedingungen für das Universitätsstudium zu erfüllen. Diese aber von wissenschaftlicher Betätigung auszuschließen, heißt, der Wissenschaft den frischen, gesunden Atem des zeitensprechenden Fortschritts zu nehmen.

Die Geschichte lehrt dem, der sehen will, daß die Wissenschaft die Dilettanten gar nicht entbehren kann. Denn — so unglücklich und unwahrscheinlich das auch klingen mag — die größten Entdeckungen und Erfindungen haben nun einmal die vielgeschmähten Dilettanten gemacht. Greifen wir nur einmal aus dem überreichen Material die heraus, denen die Gymnasialbildung und die Universitätsbildung fehlte und die dennoch Weltruhm als Gelehrte erwerben konnten.

Der prominente Vertreter dieser Klasse ist unbestreitbar Benjamin Franklin (1706—1790). Sohn eines armen und unbemittelten Arbeiters konnte er nur eine sehr mittelmäßige Schule besuchen und mußte sich allein weiterbilden. Man bedenke, ohne Lehrer, ohne Gymnasium, ohne Universität hat Franklin sich das immense Wissen angeeignet, das ihn nicht nur zu einem der größten Staatsmänner aller Zeiten, sondern auch zu einem allseitig anerkannten Gelehrten machte. Es erübrigt sich wohl, auf seine weltbekannten Arbeiten und Erfindungen hier näher einzugehen. Franklins ungeheurer Entwürfungsdrang war freilich nur im Land „der unbegrenzten Möglichkeiten“ denkbar, wo das junge Talent weder durch Befähigungsnachweise, noch durch die Engherzigkeit der gelehrten Junge gezwungen wurde, wertvolle Arbeitskräfte im Leerlauf zu vergeuden.

Als zweiten in der zwanglosen Reihe der Dilettanten kann man Johannes Palisich (1723—1788) nennen. Palisich war ein einfacher Bauer, der ohne eine Schule zu besuchen und ohne Lehrer sich schon in frühester Jugend große Kenntnisse in der Sternkunde angeeignet hatte. Mit seinen primitiven, teilweise selbst erbauten Instrumenten sah er als erster den Halley'schen Kometen, dessen Wiederkehr Halley für den Anfang des Jahres 1759 berechnet hatte. Er kam den Observatorien der ganzen Welt zuvor, denn erst fünf Wochen später gelang es den Pariser Gelehrten, den Kometen zu entdecken. Zu plötzlicher Berühmtheit gelangt, blieb Palisich immer, was er gewesen war, ein einfacher Bauer. Er korrespondierte bis zu seinem Ende mit der Londoner Akademie und dehnte seine Studien u. a. auch auf die Botanik aus. Um übrigen war er der erste, der in Sachsen einen Blüthableiter erbaute.

Auch Maupertuis war kein Akademiker in des Wortes richtiger Bedeutung. Er war von seinem 20. Jahre an Soldat und widmete sich erst nach siebenjähriger Dienstzeit privaten Studien. Ihm verdanken wir das Prinzip der kleinsten Wirkungen, durch das sämtliche mechanische Probleme analytisch zu lösen waren.

Einer von den genialen Dilettanten war auch Ampère, ein Landkind, das mangels einer höheren Anspriehenden genügenden Schule seinen immensen Wissensdurst durch das Studium großer Werke zu stillen suchte. Sein Vater ziel der französischen Revolution zum Opfer, wodurch Ampère gezwungen wurde, sich nach einem Lebensunterhalt umzusehen. So wurde er Lehrer der Physik an einer höheren Schule und später, als seine Arbeiten über Botanik, Mathematik und vor allen Dingen seine elektrischen Untersuchungen ihn berühmt zu machen begannen, Professor an der polytechnischen Schule in Paris. Die Bilanz seiner berühmten Schrift Theorie des Phénomènes besteht in der Kardinalfrage, aus der alle Phänomene der Elektrizität abgeleitet werden können.

Stephenson, der Erfinder der Eisenbahnen, war ebenfalls kein studierter Mann, sondern Dampfmaschinenwärter, ebenso wie Morse, der das Morsealphabet zum amerikanischen Patent anmeldete und den ersten Drahttelegraphen erfand, Maler war. Auch der Reflektionspiegel ist die Erfindung eines Dilettanten, und zwar des Gefangenenlehrsers Garcia. Also war es kein Arzt, der die Laryngoskopie ermöglichte, sondern ein Mann, der feinerlei Schule besucht hatte.

Vionardo da Vinci, der vielleicht größte Maler aller Zeiten, war ein hervorragender Ingenieur, der viele Kriegsmaschinen erfunden hatte. Er war der erste, der sich mit dem Problem des Flugzeuges abgab und seine Versuche, die er entgegen allen Anfeindungen immer wieder von neuem begann, waren die Basis, auf der in der neuen Zeit weitergebaut wurde. Ebenso waren die Erfindungen des ersten Luftballons keine Fachleute, sondern Papierfabrikanten (Montgolfier) und der erste, der ein freilich sehr primitives lenkbares Luftschiff im Modell konstruierte, ein armer römischer Schuster, der im Palazzo Alrobardini wohnte.

Fraunhofer war der Sohn eines armen Glasers, der so arm war, daß er seinen Sohn nicht in die Schule schicken konnte. Bis zu seinem vierzehnten Lebensjahre war Fraunhofer denn auch des Lesens und Schreibens unkundig. Trotzdem sind seine genialen Schriften über das Spektrum genau so berühmt geworden, wie seine Fernrohre.

Daguerre, der Erfinder der Photographie, war ein ehemaliger Steuerbeamter, der seinen Beruf aufgegeben hatte, um sich ganz der Kunst widmen zu können. Nach langen Versuchen glückte ihm die Erfindung, an der sich zwei berühmte Fachleute vergeblich versucht hatten. Ebenso war der Erfinder des Zweirades und der Schreibmaschine ein Autodidakt, nämlich der Förster Dr. A. S. Das Telephon, von dem Taubstummenlehrer Graham Bell vervollkommen, ist eigentlich die Erfindung eines Lehrlings Ph. Reiss, der, ohne studiert zu haben, das schwierige Problem zu einer Zeit löste, wo er beruflich sehr stark in Anspruch genommen war und nur wenige Ruhestunden fand, um seine Versuche anzustellen.

Es mag mit der Aufzählung dieser wenigen Namen genug sein; die Zahl ist zu groß, als daß man sie alle nennen könne. Aber mit diesen ist das Thema noch nicht einmal erschöpft, denn noch gewaltiger ist die Zahl derer, die aus dieser Betrachtung von vornherein ausgeschlossen waren: die Dilettanten, die zwar Gymnasial- und Universitätsbildung genossen hatten, die aber in den Fächern, die nicht zu ihrem eigentlichen Hauptstudium gehörten, mehr geübt haben, als in ihren Berufen. Die Ärzte, die große Physiker wurden, die Mathematiker, die wieder große und hervorragende medizinische Werke schufen, kurz alle die, die die engen Grenzen ihrer Spezialdisziplin sprengten und die trotz ihrer eminenten Leistungen in den Augen der Fachleute nichts anderes waren, als . . . Dilettanten.

Vom Wert des Möbels

Die Bedeutung lustiger und schöner Wohnungen für das Wohl des Einzelmenschen, der Familie und der ganzen Gesellschaft wird heute allgemein anerkannt. Gewiß entsprechen die in den letzten Jahren gebauten Häuser noch nicht durchweg den berechtigten Anforderungen der Gegenwart, aber sie unterscheiden sich doch alle sehr vorteilhaft von denen der Vorkriegszeit. Der Bau guter Wohnungen ist aber nur eine Seite des Problems, die andere ist ihre Einrichtung. Und dabei kommt es in erster Linie auf die Möbel an; denn von allem Hausrat beeinflussen die Möbel den Charakter einer Wohnung am stärksten. Selbst das sonnigste und mit den schönsten Tapeten und Fenstervorhängen geschmückte Zimmer wirkt unfreundlich, wenn Möbel hineingestellt werden, die wie „unterernährt und schwindsüchtig“ aussehen. Erst durch Möbel, die in Form und Farbe zweckmäßig und dem Schönheitsempfinden der Bewohner angepaßt sind, wird der Raum wohllich und zu einer Sätte körperlicher und geistiger Erholung. Die Richtigkeit dieser Sätze wird jeder, der mit offenen Augen durch die Welt wandert, bestätigen.

Die Mehrzahl der heutigen Wohnungen ist mit unzweckmäßigen und unökonomischen Möbeln eingerichtet. Das ist um so verwunderlicher, da die deutsche Möbelindustrie wirklich gute Möbel herstellt. Natürlich fabriktiert sie auch großen Schund, was durch die schlechten Möbel vieler Wohnungen bewiesen ist. Daß dieser Schund gekauft wird, ist nicht immer eine Geldfrage beim Publikum, sondern mehr die Unkenntnis von den qualitativen Voraussetzungen eines guten Möbels. Das Möbel ist ein Gegenstand, der es „in sich hat“; der Laie wird seine Mängel selten finden. Der Möbelauf ist daher keine einfache Sache, im Gegenteil, man muß dabei sehr vorichtig sein. Was die Möbelpreise anbetrifft, so kann gesagt werden, daß diese sich im Rahmen des allgemeinen Preisniveaus bewegen. Viele Fabriken stellen wirklich solide Möbel zu Preisen her, die auch vom Arbeiter bezahlt werden können; jedenfalls sind diese nicht teurer als der Schund, den viele Arbeiter in gewissen Abzählungsgeschäften und bei sogenannten „Gelegenheitskäufen“ und „freiwilligen Möbelversteigerungen“ kaufen. Das Publikum würde auf diese Schundgeschäfte nicht so hineinfallen, wenn es mehr Gelegenheit fände, gute und preiswerte Möbel öffentlich zu sehen. Wohl gibt es viele Möbelgeschäfte, die man ohne Kaufzwang besichtigen kann; aber da der Verkäufer doch mehr oder weniger aufdringlich versucht, ein Geschäft zu machen, ist die Besichtigung solcher Ausstellungen nicht jedermanns Sache. Wer sich durch diesen Umstand nicht hören läßt, kann, wenn es sich um eine große Möbelfabrik oder Möbelausstellung handelt, hier aber alles sehen, was die Industrie zur Zeit leistet.

Diese Möbelausstellungen einzelner Geschäfte kommen aus dem erwähnten Grunde aber nur für einen kleinen Bruchteil des Publikums in Betracht. Um allen Personen, die sich für Möbel interessieren, Gelegenheit zu geben, die Leistungsfähigkeit der Industrie kennenzulernen, müssen öffentliche Möbelausstellungen stattfinden. Daß solche ein Bedürfnis sind, bewies die Möbel- und Einrichtungsschau, die vom 11. bis 22. April in Berlin stattfand. Diese große Ausstellung unterschied sich von vielen anderen Möbelausstellungen dadurch, daß vollständig eingerichtete Zimmer gezeigt wurden: außer den Kästentücheln also auch Sitzmöbel, Fenstervorhänge, Beleuchtungskörper, Teppiche, Bilder und was sonst in eine dem heutigen Geschmack angepaßte Wohnung gehört. Ausgestellt waren Einrichtungen für Wohn-, Speise-, Herren-, Damen- und Schlafzimmer und für Küchen. Gezeigt wurden in der Hauptsache Spitzenleistungen der einzelnen Fabriken, natürlich in entsprechendem Preise. Die Preise waren nur in einigen Fällen sichtbar angegeben, sonst mußte man erst danach fragen. Den Zweck dieser Geheimnistuerei mit den Preisen können wir nicht recht einsehen, sie bringt doch nur Schaden. Als Beweis dafür folgendes Erlebnis: Ein junges Ehepaar fand an den Möbeln eines Herrenzimmers offensichtlich Gefallen. Der Mann maß die Breite und Höhe des Bücherchranks, sie entsprachen den Größenverhältnissen seines Zimmers. Aber was werden die Möbel kosten? Die Frau meinte, mindestens 2000 Mark, worauf der Mann sagte, dafür kriegen wir sie nicht. Darauf meinten beide, dann sind sie für uns zu teuer, und sie gingen weg. Da uns der Fall interessierte, fragten wir den Verkäufer nach dem Preise: 1375 Mark. Wenn das das Ehepaar gekauft hätte, wäre vielleicht ein Geschäft zustande gekommen. In einer für das große Publikum bestimmten Ausstellung gehört der Verkaufspreis an jede Ware. Zu diesem Fesler der Ausstellung kam noch ein zweiter und weit größerer: Die Ausstellung zeigte vornehmlich Möbel für das sogenannte „bessere“ Publikum. Auf die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung war so gut wie keine Rücksicht genommen. Nun liegen die Dinge in Deutschland aber doch wohl so, daß die Arbeiterfamilien die Hauptabnehmer der Möbelindustrie sind. Indem man auf deren Wohnraum- und Geldverhältnisse nicht gebührend Rücksicht nimmt, treibt man sie den mit Recht berechtigten Möbelabzählungsgeschäften und dem illegitimen Möbelhändler in die Arme. Im Kampfe gegen diese Mängel — was sich die Unternehmer merken sollten — scharfe Worte gar nichts, sondern nur entsprechende Taten. In dieser Beziehung war die Berliner Ausstellung leider ein Verjäger.

Zu dick und zu dünn

Von Dr. Kurt Kayser.

„Bin ich zu dick, bin ich zu dünn?“ Das sind Frauenfragen, Modefragen! Das ist doch kein Thema für eine ernsthafte Zeitung! Halt, halt, verehrte Leserin und lieber Leser, da sind Sie gewaltig im Irrtum. Erstensmal gibt es auch zu dicke und zu magere Männer und zweitens ist das ganze eine Frage, zu deren wissenschaftlicher Erörterung im Oktober 1929 die bekanntesten Fachgelehrten aus allen Gauen Deutschlands und der Nachbarländer sich in Berlin auf dem Kongreß der Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselforschung zusammengefunden haben. Hier allerdings suchte man der Frage vom ärztlichen Standpunkte aus auf den Grund zu kommen: Warum wird man dick, warum wird man mager? Es ist eine in weiten Volkstreffen verbreitete Ansicht, wer viel isst und wenig arbeitet, der wird dick. Das stimmt im Essen durchaus nicht immer. Es gibt sogar umgekehrt viele Menschen die wenig essen, durchaus normal arbeiten und trotzdem dick werden. Auch der Beruf als Ursache für die Entstehung einer Fettsucht wird häufig stark überschätzt. Nach einer Statistik von Professor Bauer (Wien) fanden sich unter 275 Fettsüchtigen nur 33 Prozent berufsmäßig überfütterte Menschen (Fleischer, Bierbrauer usw.) und fernerhin bemerkenswerterweise zwei Operntendore! Allerdings kann nicht geleugnet werden, daß die Art der Ernährung für die Entstehung einer Fettsucht von gewisser Bedeutung ist, und daß Küchengewohnheiten innerhalb einer Familie eine Art der Fettsucht vorzutauschen vermögen. Niemals wird indessen die Fettsucht selbst vererbt, wohl aber die Anlage dazu.

Eine besonders große und gewichtige Rolle kommt bei der Fettsucht den Störungen der Drüsen mit innerer Absonderung zu. Diese Drüsen bilden im Körper ein geschlossenes System, und Störungen im Gebiete eines Teiles beeinflussen die Tätigkeit des Ganzen. So ist z. B. bekannt, daß Frauen in den Wechseljahren, wenn die Tätigkeit der Keimdrüsen aufhört, zur Fettsucht neigen. Aber nicht immer ist es Fett, das im Körper zurückgehalten wird und das Gewicht in die Höhe schnellen läßt. In einem unter strengster wissenschaftlicher Kontrolle ausgeführten Versuche konnte Professor Bauer zeigen, daß es Menschen gibt, die auch bei völligem Nahrungsmangel innerhalb von zwei Stunden an Gewicht zunehmen, also gleichsam

„aus der Luft“ dick werden! In diesem Falle handelt es sich natürlich nicht um eine Zunahme durch Fettablagerung, sondern vielmehr durch Wasseraufspeicherung in den Geweben.

Neben den Drüsen mit innerer Absonderung, unter denen die Schilddrüse gleichsam die Ofenflamme für den Verbrennungsprozeß im Körper darstellt, spielen auch das Nervensystem und besonders örtliche Einflüsse an bestimmten Körperstellen eine wesentliche Rolle. Als Beweis hierfür berichtete Professor Bauer von einem jungen Mädchen, dem wegen einer ausgedehnten Verbrennung in jungen Jahren zur Deckung einer Handwunde Bauchhaut dorthin verpflanzt worden war. Als das junge Mädchen Frau geworden war und „in die Jahre kam“, bekam auch die auf ihrem Handrücken befindliche Bauchhaut eine starke Neigung zum Fettwerden, und so konnte die Patientin frei nach Schiller ausrufen: „Wächst mir ein Bauchlein auf der flachen Hand?“

Wie man sieht, ist das Problem des Dickwerdens recht schwierig und verwidelt, und nichts ist fürchtlicher, als wenn unsere Frauen und Mädchen glauben — um der schlanken Linie willen — Entfettungsmitteln allein ausführen zu können. Ganz besonders muß vor der Selbstbehandlung mit Medikamenten, namentlich solchen, die Schilddrüsenjod enthalten, gewarnt werden. Dabei sei betont, daß trotz aller gegenteiligen Anpreisungen alle wirksamen Entfettungsmittel stets Schilddrüsenjod enthalten. Die Folgen einer solchen unverantwortlichen Selbstbehandlung sind häufig schwere und dauernde Schädigungen, insbesondere am Herzen und Nervensystem. Der Wert der Diätbehandlung, eines vernünftigen Sports usw. für Entfettungszwecke kann keineswegs geleugnet werden, aber nur der Arzt wird in der Lage sein zu entscheiden, inwiefern diese Maßnahmen oder andere, oder gegebenenfalls eine medikamentöse Behandlung in Betracht kommen. Denn nur der Arzt ist imstande, die Ursachen der Fettsucht im Einzelfalle aufzuspüren, und danach seinen Heilplan aufzubauen.

Im Gegensatz zur Fettsucht gibt es auch Zustände krankhafter Magerkeit, von denen Professor Tannhauser (Düsseldorf) ausführlich berichtete. Auch hier zeigt sich, daß starke Magerkeit meist gänzlich unabhängig ist von der Nahrungsaufnahme. Die Regulierung der Körperformen unterliegt in erster Linie den erwähnten Drüsen mit innerer Absonderung und dem sogenannten vegetativen, d. h. dem von unserem Willen unabhängigen Nervensystem. So gibt es krankhafte Abmagerung, die ausschließlich bedingt ist durch Störungen im Gebiete der Schilddrüse, der Keimdrüse oder der Zirbeldrüse des Gehirns. Je nachdem die eine oder andere Drüse dabei im Vordergrund steht, gehen mit der Abmagerung auch andere wichtige körperliche Störungen, z. B. Veränderungen der Haut, des Längenwachstums usw. einher. Da nicht kein Ermahnen zu reichlichem und nahrhaftem Essen, da müssen keine Appetitanregungsmittel der üblichen Art, sondern nur die Beeinflussung der gestörten Drüsenfunktion. Nach dem Vorgange von Professor Falta in Wien gelingt es durch Einspritzungen von Insulin (demselben Insulin, das aus der Bauchspeicheldrüse für die Behandlung gewisser Fälle von Zuckerkrankheit gewonnen wird) bei Patienten mit krankhafter Magerkeit einen ungeheuren, bis zum Heißhunger sich steigenden Appetit hervorzurufen und durch die außerordentlich vermehrte Nahrungsaufnahme eine Gewichtszunahme zu erzielen, die auch nach Aussetzen der Einspritzungen noch weiter anhält.

Modeschauispiele und die Feenhände geschickter Arbeiterinnen

Das Frühjahr ist ins Land gezogen und mit ihm die neuen Modeschöpfungen, die gerade in diesem Jahre in reichhaltiger Fülle auf den Markt kommen. Die Bagare der Warenhäuser und Konfektionsgeschäfte sind gefüllt. In unzähligen Abweichungen in Farbe, Ton und Verarbeitung sind die Kleidungsstücke zu sehen. Wie es in dieser Beziehung aussieht, ist im „Modenspiegel“ vom 1. April zu lesen:

„Wie anders als mit „Schneiderkunst“ soll man die wichtige und so wirkungsvolle Abarbeitung der Kleider bezeichnen, die seine Poesie- und Bogennäherie, die zierlichen Arabesken, die diffizile Durchdringung der Linienblühen, das Durchziehen der Tweedjäden durch Georgette! Feenhände geschickter Arbeiterinnen nur sind imstande, aus so zarten dünnen Geweben all diese kleinen Wunder hervorzuzaubern. Mit praktischen Tritostoffen in Grün und Braun begann die Schau, Schals und Hüte, alles passend, mit märchenhaften Abendkleidern endete sie. Dazwischen wurden strenge Tailor-made-Kostüme gezeigt, mit kurzer oder langer Jade, die weiße Pflaume im Knopfloch, dann Straßenkostüme in französischem Geschmack mit Boleroteilen und Blusen, die Röcke in Falten gelegt. Bei den leichten Seidentrotteurs sitzen auf dem Rock oft mehrere Plissee übereinander; Kleider aus bedruckten Geweben haben Stoffmäntel, die mit der Seide des Kleides gefüttert sind. Eine Vorliebe für die schwarze Farbe ist offenbar, man verjucht mit weißen und rosa Belägen aufzuhellen; marine und schwarze Stoffe mit lichten Pünktchen oder kleinem Muster sind für den Nachmittag vorgesehen. Zusammenstellungen von Rosa und Braun sind sehr geübt. Dann wieder gibt es Kostüme aus diesem rosa Georgette-Cröpe, denen ein Silberquads erhöhtes Cachet verleiht. — Wie ein Theaterstück muß eine Modenschau sich zum Schluß hin steigern. Die Abendkleider waren von seltener „Pracht und Herrlichkeit“. Man wußte nicht, ob man dem schieferblauen, mit verwischten Blumen bedeckten Tafelid und seiner schwarzgezeichneten Mantille den Preis zuerteilen sollte, den schwarzen Spitzenkleidern mit den großen Spitzenhüten, dem grünen Spitzenkleid mit der abnehmbaren Pelzermine, der geklumpten gelblichen Chiffon-, Brokat- oder der gemusterten Tüllrobe, die Tabac blond genannt wurde. Wundersein die Tüllkleider mit den applizierten Blumen; „eine Idee“ brachte ein dezent bedrucktes Musselinetid, dessen Cape als Schleppe heruntergelassen werden konnte.“

Also die Feenhände geschickter Arbeiterinnen sind es, die aus den zarten dünnen Geweben all diese Wunder hervorzuzaubern. Doch von all dem Reichtum, der Pracht und der Herrlichkeit, die sie erzeugen, können sie sich nichts kaufen. Sie sind auf die billigen Massenprodukte angewiesen, die auf den Markt kommen. Die zwei eng beieinander wohnenden Welten treten durch diese Gegenüberstellung klar zutage.

Was man wissen muß

- Ein menschliches Skelett wiegt durchschnittlich zehn Kilogramm.
- Der Mensch hat im ganzen 254 Knochen und mehr als 4050 Muskeln.
- Die menschliche Milch wiegt $\frac{1}{2}$ Pfund, das Herz 250 bis 370 Gramm.
- Ein 70 Jahre alter Mensch hat in seinem Leben rund 1160 Zentner Lebensmittel aller Art zu sich genommen.
- Die Haut an der Innenseite der Hand ist 75mal dicker als die Haut des Augenlides.
- Das menschliche Hirn ist dreimal so groß als das eines Affen.
- Der Geruchssinn des Mannes ist fast doppelt so empfindlich als der der Frauen.
- Der gesunde Mensch sondert innerhalb von vierundzwanzig Stunden 450 Gramm Galle ab.

R. C. R.